

INFOPERU79

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 79 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Castillo baut Kabinett um \(Andreas Baumgart\)](#)
3. [Ein schwieriger politischer Moment \(Pilar Arroyo\)](#)
4. [Zweite Agrarreform oder nur Prioritätenwechsel? \(Omar Rosel\)](#)
5. [Kurz gemeldet Oktober 2021](#)
6. [“Der Leuchtende Pfad war nicht die einzige Terrorgruppe in Peru” \(Hildegard Willer\)](#)
7. [Finanzplatz Deutschland begünstigt Steuerhinterziehung in Peru \(Jimi Merk\)](#)
8. [Wenn Peruaner Deutsche werden \(Milagros Portocarrero Psaltiras\)](#)
9. [Lieferkettengesetz – eine Chance für Peru? \(Frank Braun\)](#)
10. [Alles für das Palmöl \(Aramis Castro\)](#)
11. [Fotogalerie: Esmeraldas Kampf \(Hildegard Willer/Luisenrique Becerra\)](#)
12. [ISP-News Oktober 2021 \(Annette Brox\)](#)

1. Editorial No 79

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

Nach 100 Tagen ziehen Journalisten und Analysten oft eine erste Bilanz eines neuen Amtsträgers. Ende Oktober werden es drei Monate sein, dass der linke Dorfschullehrer Pedro Castillo Präsident ist. Meine erste Regierungsbilanz fällt heute verhalten hoffnungsvoll aus: zuerst war die Zeit der ersten linken Regierung Perus seit 30 Jahren durch chaotische Ministerernennungen, durch interne Konflikte mit dem Parteivorsitzenden Vladimir Cerron und durch Stillstand geprägt. Präsident Castillo tat sich vor allem durch sein Schweigen hervor.

Einen Wendepunkt bracht die erste Auslandsreise Castillos, zuerst nach Mexiko und danach zur UN-Hauptversammlung nach New York. Die verschiedenen Treffen mit Politikern und Wirtschaftsführern verliefen recht reibungslos und zeigten, dass die Hysterie, mit der vor allem städtische Kreise der Mittel- und Oberschicht den peruanischen Präsidenten als „Kommunisten“ bezeichnen, doch eine recht innerperuanische Angelegenheit ist, und die Sorge, dass Peru bald zu einem zweiten Venezuela werden könnte, im Ausland nicht geteilt wird.

Wieder zurück in Lima tat Castillo dann, was er nach Ansicht vieler schon längst hätte tun sollen: er schasste seinen Premier Guido Bellido, stellte stattdessen die Menschenrechtsanwältin Mirtha Vazquez ein und ersetzte ein paar fragwürdige Minister durch immerhin drei Frauen mehr aus den Reihen der eher moderaten Linken.

Das neue Kabinett ist ein Schlag gegen die Fraktion des marxistischen Hardliners Vladimir Cerron, der auch gleich ankündigte, dass Castillo seine Ideale verrate und seine Partei dem neuen Kabinett das Vertrauen nicht aussprechen werde. Die Spaltung innerhalb der Regierungspartei „Peru Libre“ dürfte nur eine Sache von Tagen sein.

Castillo hat viel Zeit verloren zu Beginn seiner Präsidentschaft und dementsprechend wenig ist von seiner politischen Handschrift bisher sichtbar. Immerhin ist die sogenannte „zweite Agrarreform“ in die Wege geleitet. Sie stellt die Kleinbauern ins Zentrum, die fast 80% der in Peru konsumierten Lebensmittel liefern.

In diesem InfoPeru werden Sie u.a. über die zweite Agrarreform lesen können, ebenso wie über die Kabinettsumbildung, und was der Tod des wohl berühmtesten Terroristen Lateinamerikas für Peru bedeutet.

Die erfreulichste Nachricht ist aber die, dass wir dieses Mal nicht über neue Corona-Opfer berichten müssen. Denn bisher verläuft die Impfkampagne so gut, dass bereits die Hälfte der peruanischen Bevölkerung geimpft ist, und die angekündigte dritte Welle noch hoffentlich lange auf sich warten lässt.

Hildegard Willer



Foto: Andina/Presidencia

2. Castillo baut Kabinett um

Ein überfälliger Schritt sei es gewesen, kommentiert Andreas Baumgart die jüngste Kabinettsumbildung in Peru.

Seit der Ernennung des ersten Kabinetts durch den neuen Präsidenten Pedro Castillo gab es Kritik an der Auswahl einzelner Minister und der Ernennung Guido Bellidos zum Premierminister. Wir haben darüber berichtet. Die Kritiken an dem bisherigen Kabinett sind von Seiten der Linken und der Rechten sehr unterschiedlich begründet. Den reaktionären, rechten und konservativen Kräften und Parteien wäre ein Sturz des Präsidenten am liebsten. Ihre durch die hegemoniale Presse und im Parlament ununterbrochen lancierten Angriffe auf einzelne Minister und Ministerinnen zielten eigentlich auf Castillo. Dagegen gab es von Seiten anderer linker, feministischer und indigener Gruppen mehrheitlich sowohl freundlich abwartende als auch positiv beteiligungswillige Haltungen gegenüber Präsident Castillo.

Kabinett Bellido verliert Zustimmung

In den letzten Wochen wurde immer deutlicher, dass Bellido und einige Minister nicht den Erwartungen dieser zunächst positiv gestimmten Menschen entsprechen konnten. Fachliche Inkompetenz, Unkenntnis über die spezifischen Realitäten in großen Landesteilen, vermutete Nähe zu Sendero Luminoso bzw. deren politischer Fassade, Partei-Dogmatismus und nicht zuletzt die massive Unterrepräsentierung von Frauen und Bewegungen für die individuelle und sexuelle Selbstbestimmung, machten die Zusammensetzung des Kabinetts für immer mehr positiv gesinnte

Menschen nicht mehr hinnehmbar. Die vielen schon eingeleiteten positiven Schritte blieben im Schatten von Polemiken und Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung und mit Peru Libre.

Nun hat Castillo endlich reagiert. Premierminister Guido Bellido wurde durch Mirtha Vásquez abgelöst. Sie war in der vorausgegangenen Regierungsperiode von Präsident Sagasti Vorsitzende des Abgeordnetenhauses und hatte dort einen sehr guten Job gemacht. Vásquez war Abgeordnete des links-ökologischen Frente Amplio, der bei dieser Wahl den Wiedereinzug in den Kongress nicht geschafft hat. Sie blickt auf ein langes soziales, menschenrechtliches und politisches Engagement als Rechtsanwältin zurück und hat sich in ihrer Tätigkeit als Parlamentspräsidentin als entschieden, vereinigend und kooperativ gezeigt. Anders als Bellido, der bisher durch verbale Ausfälle, Spaltungsversuche gegenüber ihm unliebsamen Ministern, einen autoritären Führungsstil und Frauenfeindlichkeit aufgefallen ist.

Sechs neue Minister*innen

Insgesamt wurden sechs Ministerien und die Kabinetts-Präsidentschaft neu besetzt. Luis Barranzuela Vite wird neuer Innenminister und löst Juan Carrasco ab. Carlos Gallardo Gómez wird neuer Bildungsminister und löst Juan Cadillo ab. Betssy Chávez wird neue Arbeitsministerin und löst Iber Maraví ab. Gisela Ortiz Perea löst Ciro Gálvez im Kulturministerium ab. José Rogger Incio Sánchez löst Yván Quispe im Produktionsministerium ab. Eduardo Eugenio González Toro steht dem Ministerium für Energie und Minen vor und löst Iván Merino ab.

Sein Versprechen, die fehlende Berücksichtigung von Frauen zu korrigieren, hat Castillo nur bedingt erfüllt. Mit nun fünf Frauen herrscht nach wie vor ein großes männliches Übergewicht.

Mit dem neuen Kabinett möchte Pedro Castillo eine „neue Etappe der Regierung des Volkes“ einleiten, die vom Dialog und Regierbarkeit geprägt sein soll. "Der Kampf für die Verwundbarsten ist unser großes Ziel und wir werden es erreichen." (<https://rpp.pe/>) Derweil hat der Bruder von Vladimir Cerrón, Waldemar Cerrón, Abgeordneter und Sprecher der Fraktion Peru Libre, Castillo „Verrat“ an den Mehrheiten vorgeworfen und ihm den Fehdehandschuh hingeworfen. Seine Fraktion werde das neue Kabinett nicht unterstützen. Dazu hat sich sogleich die Abgeordnete Katy Ugarte von Peru Libre geäußert. Sie werde das neue Kabinett unterstützen. Die Konflikte innerhalb Peru Libres werden sich nun weiter vertiefen und eine Spaltung der Fraktion ist absehbar.

Andreas Baumgart, 07.10.2021

3. Ein schwieriger politischer Moment

Eine Analyse von Pilar Arroyo.

*Die nachfolgende Analyse von Pilar Arroyo stammt von September 2021 und ist in einem bereits überholt: Am 7. Oktober, nach der Rückkehr von seiner ersten erfolgreichen Auslandsreise nach Mexiko und in die USA, hat Präsident Pedro Castillo den umstrittenen Premierminister Guido Bellido entlassen und [ein neues Kabinett berufen](#). In diesem Kabinett überwiegen Vertreter*innen der moderateren Linken. Verloren haben die Getreuen des marxistischen Parteiführers Vladimir Cerrón. Die Regierungspartei Peru Libre steht denn auch vor der Spaltung. Die Partei hat angekündigt, dass sie dem neuen Kabinett unter Führung von Mirtha Vasquez kein Vertrauen aussprechen wird.*

Die nachfolgende Analyse von Pilar Arroyo zeigt sehr deutlich auf, wo und warum die Trennlinien innerhalb der Linken in diesem Falle liegen:

Zwei Extreme

Teile der extremen Rechten - im Kongress durch den Fujimorismus (Fuerza Popular), Renovación Popular und Avanza País vertreten – kämpfen weiter gegen die neue Regierung und streben deren Absetzung an. Sie unterscheiden nicht zwischen progressiven, linken, sozialistischen, kommunistischen Ideen und terroristischen Praktiken und Methoden. Ihrer Meinung nach hat der terroristische Kommunismus die Regierung übernommen. Die einzige Option für sie ist, diese Regierung mit allen Mitteln, ob demokratisch oder nicht, ob legal oder illegal, zu beenden. Für sie heiligt der Zweck die Mittel. Der Soziologe und Politikwissenschaftler Omar Coronel merkt an, man dürfe nicht vergessen, dass die peruanische extreme Rechte vor allem aus Lima stammt, sehr *pituca* ("schickimicki") und zutiefst rassistisch sei.

Im zweiten Wahlgang und zu Beginn der Amtszeit der Regierung hat die Rechte recht gut mobilisiert, allerdings nur in der Hauptstadt. An der größten Demonstration am 12. Juni haben 15.000 Menschen teilgenommen und an der letzten vor der Erklärung Castillos zum Präsidenten, am 17. Juli, nur 300. Die aktuellen Demonstrationen sind klein und werden es wohl auch bleiben, solange die extreme Rechte sie anführt.

Aber auch Teile der extremen Linken, die in der breiten Koalition der Regierung Castillo vertreten sind, sind offen konfrontativ. Dass die Mehrheitsmedien immer noch vehement gegen Castillo sind, bestätigt die extreme Linke in ihrer Überzeugung, dass Konfrontation der einzige Weg ist.

Beide Extremismen schaden der Demokratie. Mit extremen, dogmatischen, fanatischen und unflexiblen Positionen kann man keinen echten und konstruktiven Dialog führen. In einem Land mit so großer kultureller und sprachlicher Vielfalt - offiziell gibt es in Peru 55 indigene Völker und

47 einheimische Sprachen - muss jedes nationale Vorhaben von einem interkulturellen Dialog getragen sein. Nichts ist schlimmer für den interkulturellen Dialog als extremistische und dogmatische Haltungen, die auf lange Sicht zu autoritären und antidemokratischen Positionen führen.

Auch die peruanischen Bischöfe äußerten sich in diesem Zusammenhang besorgt: "Wir nehmen mit großer Sorge zur Kenntnis, dass die extreme politische Polarisierung im Land zu Unsicherheit führt und sich auf alle Bereiche der Gesellschaft auswirkt, insbesondere auf das Leben der Ärmsten und Schwächsten. Gleichzeitig berührt sie zunehmend die Werte des menschlichen Zusammenlebens in gegenseitigem Respekt, Toleranz und sozialer Verantwortung (...) Lassen Sie uns aus unserem Glauben heraus zur Versöhnung und Überwindung der Polarisierung beitragen und eine Kultur der Begegnung und des Dialogs schaffen. Intoleranz, Gleichgültigkeit und Diskriminierung dürfen in unserem Zusammenleben nicht weiter vorherrschen.

Die Fehler von Präsident Castillo

Dass ein neuer Präsident Fehler macht, ist normal. Die größten Fehler Castillos waren bisher: die Zusammensetzung des Kabinetts, die Ernennung von Ministern und Beamten, die für das Amt nicht qualifiziert sind und über wenig moralische und/oder fachliche Glaubwürdigkeit verfügen. Auch seine übermäßige Toleranz angesichts der Korruptionsvorwürfe gegen den Parteichef Vladimir Cerrón und der Vorwürfe gegen seinen Ministerpräsidenten wegen dessen Machismus und Frauenfeindlichkeit, und zuletzt angesichts der Klage gegen die Kongressabgeordnete Patricia Chirinos von Avanza País, gegen die derzeit im Kongress ermittelt wird. Ein weiterer bedauerlicher Fehler des Präsidenten ist sein Schweigen angesichts der wiederholten Anschuldigungen gegen einige seiner Minister (Iber Maraví und Bellido), mit der MOVADEF (Bewegung für Amnestie und Verteidigung der Grundrechte) zu sympathisieren, die als politischer Arm der Terrorgruppe Sendero Luminoso bekannt ist.

All dies hat dazu geführt, dass die Opposition immer größer wird. Die Gruppen, die ihn im zweiten Wahlgang (eher widerwillig) unterstützt haben, als Fujimori und ihre Anhänger das Wahlergebnis nicht anerkennen wollte, wollen dies nun nicht mehr tun.

Castillo hat mit der Ernennung des Kabinetts Bellido das Bündnis mit Parteien und sozialen Organisationen geschwächt, die sich der Verteidigung der Menschenrechte und der Bekämpfung von Korruption verpflichtet fühlen. Was sie jetzt noch verbindet, ist lediglich die Angst, dass die extreme Rechte mehr Macht erhält oder die Regierung übernimmt. Doch der Enthusiasmus der letzten Wochen ist verflogen.

Was Castillo außerdem schwächt, sind die Machtkämpfe innerhalb der Regierung. Die kleinen Machtspiele innerhalb der Regierung tragen dazu bei, dass ihr Bemühen, die reaktionäre Offensive zu stoppen und eine Gegenoffensive zu organisieren, wenig effizient ist.



Foto: Andina/Prensa Presidencia

Der Faktor Cerrón

Über die Einmischung des Gründers und Vorsitzenden von Perú Libre, Vladimir Cerrón, in die derzeitige Regierung ist viel geschrieben worden. Richtig ist, dass Präsident Castillo sein Versprechen gebrochen hat, dass Cerrón keine wichtige Rolle in seiner Regierung spielen würde. Nicht einmal Pförtner einer öffentlichen Einrichtung würde Cerrón werden, hatte Castillo versichert. Es stimmt allerdings auch nicht, dass Cerrón die Regierung übernommen habe, wie die mit der extremen Rechten verbündeten Medien behaupten.

Cerrón kontrolliert 24 von 37 Abgeordneten der Fraktion Perú Libre. Auf ihre Stimmen ist Castillo angewiesen, um nicht abgewählt zu werden. Deshalb hat er derzeit nicht die Option, mit ihm zu brechen, wie es die Rechte und seine ehemaligen Verbündeten aus der Mitte fordern.

Wir meinen, man kann nicht von einer totalen Herrschaft Cerróns über Castillo sprechen. Ein Beispiel ist die Zusammensetzung des Kabinetts: Obwohl Cerrón Bellido als Premierminister eingesetzt hat und Castillo ihn nicht absetzen konnte, hat Castillo gleichzeitig gegen den Willen von Cerrón und Perú Libre Pedro Francke zum Wirtschaftsminister ernannt. Dem Kabinett gehören vier Minister von Perú Libre an, die übrigen kommen von den Linksparteien, die ihn im zweiten Wahlgang unterstützt haben, oder sind unabhängige Persönlichkeiten oder lange Bekannte Castillos.

Cerrón hat zwar Einfluss auf die Regierung, aber er bestimmt nicht das Regierungshandeln. Die Regierung ist keine feste Einheit, die nach Cerróns Plan handelt. Sie ist vielfältig, und Cerrón ist nur ein Faktor. Es ist diese nicht sehr kohärente Vielfalt, die gute Entscheidungen verzögert; und die Unerfahrenheit. Wir beobachten in der Regierung also eher Unerfahrenheit und

Schwierigkeiten, verschiedene Positionen miteinander zu vereinbaren, als ein totalitäres Projekt. Und wir sehen auch, dass es sehr gute Minister und Projekte in den Ministerien für Wirtschaft, Gesundheit, Justiz, Bildung, Frauen usw. gibt. Wenn man sich also von den Verschwörungstheorien der Rechten mitreißen lässt, könnte man am Ende eine große Chance auf Veränderung im Land verpassen.

Pilar Arroyo in IBC Coyuntura September 2021

zusammengefasst und übersetzt von Annette Brox

Quellen:

<https://www.revistaideele.com/2021/08/12/las-fantasias-movimientistas-de-los-extremos-en-peru/>

<https://www.revistaideele.com/2021/08/24/la-verdad-efectiva-de-las-cosas/>

<https://www.servindi.org/actualidad-opinion/06/09/2021/el-camino-democratico-no-incluye-los-extremismos>

Conferencia Episcopal Peruana. Mensaje de los obispos del Perú "Con paso firme hagamos grande nuestro Perú", 25 de agosto 2021.

<https://www.revistaideele.com/2021/09/04/editorial-luna-de-hiel/>

<http://www.otramirada.pe/el-camino-del-infierno-del-susto-al-sometimiento>

<https://www.revistaideele.com/2021/08/23/hay-que-desmontar-los-delirios-de-la-derecha/>

4. Zweite Agrarreform oder nur Prioritätenwechsel?

So revolutionär sei die groß angekündigte zweite Agrarreform nicht, meint Landwirtschaftsspezialist Fernando Eguren.

Die Verkündung der "Zweiten Agrarreform" durch Präsident Castillo (siehe „Kurz gemeldet“) hat bei den bäuerlichen Gemeinden und anderen Akteuren des ländlichen Raums große Erwartungen geweckt, da sie der kleinbäuerlichen Landwirtschaft Auftrieb geben soll. Aber sie spart viele wichtige Themen aus, etwa den Klimawandel und die Landkonzentration. Dazu befragte NoticiasSER Fernando Eguren, Präsident des peruanischen Zentrums für Sozialstudien (CEPES) und Direktor der Revista Agraria und Debate Agrario.

Was ist Ihre Meinung zum Inhalt der "Zweiten Agrarreform"?

Am meisten Aufmerksamkeit hat das Wort "Agrarreform" erregt, das viele Menschen beunruhigt und andere hoffen lässt. Mir scheint, aus den Äußerungen der Regierungsmitglieder ist deutlich

geworden, dass es sich nicht um eine Agrarreform im Sinn der ersten Agrarreform handelt. Da ging es um Enteignung bzw. um die Veränderung der Besitzverhältnisse. Dafür sind die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen heute nicht gegeben. Es geht also, glaube ich, um die Absicht, die Prioritäten der letzten drei Jahrzehnte zu ändern, die in der Unterstützung und Förderung des von großen Agrarunternehmen beherrschten Agrarexports lagen. So betrachtet, handelt es sich nicht um eine Agrarreform, sondern um eine Änderung der Prioritäten in der Agrarpolitik. Diesmal geht es darum, den Schwerpunkt auf die Familienbetriebe zu verlagern, die die Mehrheit der Landwirte Perus ausmachen und etwa drei Viertel der im Land konsumierten Lebensmittel produzieren. Es geht also um die Bäuerinnen und Bauern, die Landgemeinden und die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe, und das ist wichtig.

Werden die angekündigten Maßnahmen merkliche Veränderungen im Agrarsektor und bei den landwirtschaftlichen Familienbetrieben bewirken?

Es handelt sich im Wesentlichen um neun Maßnahmen, von denen einige bereits seit Jahren in den Plänen und politischen Leitlinien des Landwirtschaftsministeriums stehen. Sie sind also nicht neu. Das große Novum wäre, dass diese Regierung sie tatsächlich umsetzt, denn frühere Regierungen haben sie weder umgesetzt noch mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Was wir jetzt tun müssen, ist, die Pläne in politischen Entscheidungen umzusetzen und sie mit personellen und finanziellen Ressourcen auszustatten. Das erfordert ein professionelles Management. Die neun Maßnahmen scheinen mir wichtig zu sein, aber der politische Wille reicht nicht aus, denn es braucht Ressourcen und die Mitarbeit der regionalen und lokalen Regierungen.



Foto: Frank Braun

In Anbetracht der Regierungsstruktur: Inwieweit könnten Koordinierungs- und Kommunikationsdefizite die Durchführung dieser Maßnahmen erschweren?

Einer der Aspekte dieser "zweiten Agrarreform" ist, dass sie eine gute Kommunikation und Koordination zwischen den drei Regierungsebenen - national, regional, Provinz- und Distriktebene - sowie eine bereichsübergreifende Arbeit erfordert. Und wir wissen, dass der peruanische Staat große Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ministerien hat. Ohne diese wird es nicht möglich sein, die Reformen umzusetzen, selbst wenn die Mittel vorhanden sind. Wenn zum Beispiel Kleinbauern technische Hilfe erhalten und diese nicht mit der Finanzierung des Baus von Straßen einhergeht, dann wird das nicht viel nützen. Die Maßnahmen müssen koordiniert werden. Dies zu umsetzen – bisher klappt das nicht - ist eine große Herausforderung für die Regierung.

Welche Lücken gibt es bei dieser zweiten Agrarreform?

Was komplett fehlt, ist der Bezug zur Frage des Klimawandels und der natürlichen Ressourcen. Wir wissen, dass die Wetterereignisse aufgrund der globalen Erwärmung anhalten und sich in ländlichen Gebieten immer stärker auswirken, weil sie die Ernteerträge beeinträchtigen und weil aufgrund der veränderten Temperaturen Krankheiten auftreten, die es vorher nicht gab. Die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche wird zum Beispiel nicht bewässert, sie ist von Niederschlägen abhängig. Ein Phänomen des Klimawandels ist, dass die Niederschläge immer unvorhersehbarer werden, man weiß nicht, wann es regnen wird, und daher ist es schwierig zu wissen, wann man säen sollte. Ein weiteres Defizit hängt mit der Natur selbst zusammen. Es gibt einen erheblichen Verlust an landwirtschaftlich nutzbarem Boden, vor allem an der Küste. Die Grund hierfür ist die Versalzung der Böden durch die Art der Bewässerungssysteme und die schlechte Drainage, die dazu führen, dass Grundwasser an die Oberfläche gelangt, was die Fruchtbarkeit der Böden senkt und sie sogar völlig unproduktiv machen kann. Hinzu kommt die Erosion der Hänge im Hochland, die sich über mehrere Millionen Hektar erstreckt. Es gibt keine ernsthaften Maßnahmen, um diesen Prozess zu stoppen.

Was ist der Grund für diese Defizite?

Der Klimawandel fehlt als Thema in der gesamten Politik der derzeitigen und der vorherigen Regierungen. Diese Tatenlosigkeit wird dazu führen, dass wir für die immer akuter werdenden Auswirkungen des Klimawandels und den Verlust der natürlichen Ressourcen teuer bezahlen werden. Das Gleiche gilt für die Wasserverschmutzung durch den Einsatz von Harnstoff, einem chemischen Düngemittel, das Rückstände hinterlässt und den Boden und das Wasser verseucht. Dies werden die Erzeuger*innen spüren, denen geholfen werden soll. Denn der Verlust an Boden, der Verlust der Fruchtbarkeit und die Dürre werden sich auf die landwirtschaftlichen Familienbetriebe auswirken. Ich hoffe, dass die eingesetzte Arbeitsgruppe dies berücksichtigen wird.

Was kann man dazu sagen, dass der Entwurf die Frage des Grundbesitzes ausspart?

Die Regierungsbehörden haben erklärt, dass sie den Bau der großen Bewässerungsanlagen wie Chavimochic oder Majes Siguanas fortsetzen werden. Es wurde nichts darüber gesagt, was sie mit den neu gewonnenen Landwirtschaftsflächen machen werden. Es sei daran erinnert, dass solche neuen Anbauflächen in den letzten 30 Jahren in der Regel an große Konsortien und Investoren verkauft wurden, was die Ungleichheit der Besitzverhältnisse verschärft und die Konzentration des Landbesitzes, insbesondere an der Küste, verstärkt hat. Dies ist genau die Situation, die zur ersten Agrarreform führte. Es ist daher ein Thema, das angesprochen werden muss.

Omar Rosel, NoticiasSER

Übersetzung: Annette Brox

Quelle: <https://www.noticiasser.pe/fernando-equren-esta-no-es-una-reforma-agraria-sino-un-cambio-de-las?fbclid=IwAR3YIbEacisFZvk9raj2a79OJdxD2Vut7zQ7Wtfh4xhUeU4mWbhF6qNTSfl>

5. Kurz gemeldet - Oktober 2021

Kurzmeldungen aus Peru

Castillo kündigt zweite Agrarreform an

Präsident Pedro Castillo hat Anfang Oktober eine „zweite Agrarreform“ angekündigt. Damit sollen die kleinbäuerliche Landwirtschaft sowie genossenschaftliche und gemeindebasierte Landwirtschaftsbetriebe gefördert werden.

Als erste Maßnahme kündigte Castillo die Schaffung eines „Kabinetts für landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung“ an, dem er vorsitzen wird und in dem Vertreter*innen verschiedener Ministerien und der regionalen und lokalen Regierungen vertreten sein werden.

Zudem soll es verschiedene Maßnahmen zur direkten und sofortigen Unterstützung der Landwirte geben. Castillo erinnerte daran, dass Peru trotz seines Nahrungsmittelreichtums und seiner Produktivität in hohem Maße vom Import landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Lebensmittel abhängig ist. Dies müsse ein Ende haben. In diesem Zusammenhang kündigte er Preisanpassungen an, um die inländische Produktion vor unlauterem Wettbewerb durch subventionierte Importprodukte aus dem Ausland zu schützen.

Ebenso werde ein Unterstützungsprogramm für den Kauf von Düngemitteln für Kleinbauern aufgelegt. Dabei wies Castillo darauf hin, dass Peru seine Phosphat-Vorkommen exportiere anstatt selbst Düngemittel zu produzieren. Die Regierung plane, in Bayovar in Nordperu eine Anlage zur Herstellung von Düngemitteln auf Phosphatbasis zu errichten und Phosphatdünger zu exportieren.



Foto: Hildegard Willer

Außerdem zielt die Agrarreform darauf ab, einen gerechteren Zugang zu Nahrungsmitteln zu ermöglichen. Im nächsten Jahr will die Regierung Lebensmittel im Wert von 300 Mio. Soles (62 Mio. Euro) für Sozialprogramme einkaufen. Zudem sollen Bauernmärkte in allen Provinzen des Landes gefördert werden.

Angesichts der zunehmenden Wasserknappheit wird ein Programm für das Säen und Sammeln von Wasser aufgelegt, das auch die Anlage von Hunderten von *Cochas* (Seen) und Mikroreservoirs in der Andenregion vorsieht.

Schließlich will die Regierung mit der Reform einen Strukturwandel in der Landwirtschaft herbeiführen. Hierzu gibt es einen Gesetzesentwurf zur Stärkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Steuervergünstigungen für Genossenschaften sollen auch für bäuerliche und indigene Gemeinden gelten. Damit werden sie nicht nur als soziale Organisationen, sondern auch als produktive und unternehmerische Organisationen anerkannt.

Zur Agrarreform veröffentlichen wir in dieser Ausgabe auch [ein Interview mit Fernando Eguren](#), Präsident von CEPES.

[\(https://www.inforegion.pe/289010/cusco-presidente-castillo-lanzo-la-segunda-reforma-agraria/](https://www.inforegion.pe/289010/cusco-presidente-castillo-lanzo-la-segunda-reforma-agraria/)

[https://www.servindi.org/actualidad-noticias/03/10/2021/conozca-los-ejes-de-la-segunda-reforma-agraria-lanada-por-pedro\)](https://www.servindi.org/actualidad-noticias/03/10/2021/conozca-los-ejes-de-la-segunda-reforma-agraria-lanada-por-pedro)

Präsident Castillo will die Coca industrialisieren

Anlässlich der Einweihung der *CITE-Agroindustrial Vraem* im Bezirk Pichari (Cusco) erklärte Präsident Pedro Castillo, seine Regierung wolle die Coca industrialisieren und in Pichari einen Flughafen bauen, um die Produkte direkt auf den nationalen Markt bringen zu können. Pichari könne ein Beispiel für die Industrialisierung einer Reihe von Produkten über Kakao und Kaffee hinaus werden.

(<https://www.inforegion.pe/289005/vraem-castillo-se-comprometio-a-industrializar-hoja-de-coca-y-construir-aeropuerto/>)

Camisea: Bellido drohte mit Verstaatlichung

Der inzwischen abgesetzte Premierminister Guido Bellido drohte dem Firmenkonsortium des Camisea-Gasfeldes, im Regenwaldgebiet der Region Cusco gelegen, mit Verstaatlichung, falls sich das Unternehmen weigern sollte, die Gewinnverteilung zugunsten des Staates "neu zu verhandeln". Auf Twitter forderte Bellido das Konsortium auf, dem Staat einen größeren Anteil an den Gewinnen zu zahlen. Andernfalls werde das Gasfeld verstaatlicht, kündigte er an.

Die Neuverhandlung der Konzessionsverträge für Camisea war ein Wahlversprechen der Partei Perú Libre gewesen.

Mehrheitseigner des Camisea-Konsortiums ist das argentinische Unternehmen Pluspetrol mit einem Anteil von 27 Prozent, gefolgt von der US-amerikanischen Hunt Oil (25 Prozent) und vier weiteren Firmen. Camisea fördert zwischen 43 und 48 Mio. Kubikmeter Gas pro Tag. Das sind 92 Prozent der peruanischen Erdgasproduktion und mehr als 40 Prozent des nationalen Stromverbrauchs.

Noch im August hatte Wirtschaftsminister Pedro Francke versichert, dass die Regierung Camisea nicht enteignen werde. Nach der unerwarteten Ankündigung Bellidos äußerte sich Präsident Castillo nicht zu der Frage.

(<https://elcomercio.pe/economia/guido-bellido-amenaza-con-nacionalizar-gas-de-camisea-sino-se-reparten-utilidades-a-favor-del-estado-nndc-noticia/>)

(<https://www.dw.com/es/per%C3%BA-guido-bellido-amenaza-con-nacionalizar-yacimiento-de-gas/a-59320941>)

Für das Recht auf Kommunikation und Information

Peruanische NGOs, Medien und Journalist*innen haben in einer gemeinsamen Erklärung eine Agenda für das Recht auf Kommunikation, für Meinungsfreiheit und wahrheitsgemäße Information gefordert.

Der Staat müsse der Konzentration der Medien entgegenwirken. Bei staatlichen Programmen sollten Quoten für Programme in indigenen Sprachen festgelegt werden, zusätzlich zur technischen Unterstützung indigener Medien.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Schaffung öffentlicher (nicht staatlicher) Medien, die nicht gewinnorientiert sind und von unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen betrieben werden. Sie sollen die soziale, politische, kulturelle, regionale und lokale Vielfalt Perus zum Ausdruck zu bringen.

Das Recht auf wahrheitsgemäße Informationen soll eine neue Medienregulierungsbehörde gewährleisten, die unabhängig und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft arbeitet.

Der Internetzugang soll in allen Regionen ausgebaut werden.

Angesichts der Zunahme der Gewalt gegen Journalist*innen und Medienvertreter*innen in den letzten Jahren sollen Maßnahmen zur Verhinderung von Angriffen ergriffen werden.

Außerdem werden Schutzmechanismen gefordert, die verhindern, dass Journalist*innen aufgrund politischer Differenzen mit den Medienunternehmen, bei denen sie beschäftigt sind, entlassen werden.

Schließlich wird vorgeschlagen, dass der Staat die Einrichtung eigener Medien in der Muttersprache durch die indigenen Gemeinschaften fördert und ihnen den Zugang zu anderen Medien garantiert.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/01/10/2021/exigen-agenda-urgente-por-derecho-la-comunicacion>

Vargas Llosa und Kuczynski in den Pandora-Papers

Auch der Schriftsteller und Nobelpreisträger Mario Vargas Llosa erscheint in den sogenannten Pandora Papers, da er eine Offshore-Firma in der Steueroase der Britischen Jungferninseln unterhielt. Nach Informationen u.a. von El País war Vargas Llosa zwischen 2015 und 2017 Eigentümer des Unternehmens Melek Investing. Das Kapital von 1,1 Millionen Dollar stammte aus Erlösen aus dem Verkauf seiner Bücher und mehrerer Immobilien in London und Madrid. Vargas Llosa wies die Vorwürfe zurück und erklärte, er habe sich immer an die Gesetze gehalten.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Name des spanisch-peruanischen Schriftstellers mit Offshore-Firmen in Verbindung gebracht wird. 2016 brachten die "Panama Papers" ihn und seine Frau Patricia Llosa auch mit einem Unternehmen namens Talome Services Corp in Verbindung, das 2010 ebenfalls auf den Britischen Jungferninseln gegründet wurde.

Auch der Name des ehemaligen Präsidenten Pedro Pablo Kuczynski erscheint in den Pandora Papers. Er soll ebenfalls eine Offshore-Firma auf den Britischen Jungferninseln unterhalten haben, als er Wirtschaftsminister in der Regierung von Alejandro Toledo (2001-2006) war.

(<https://la-lista.com/cultura/2021/10/05/mario-vargas-llosa-aparece-en-los-pandora-papers>

<https://elpais.com/pandora-papers/2021-10-05/vargas-llosa-di-instrucciones-de-declarar-todos-mis-ingresos-sin-ninguna-excepcion.html>)

Dengue: Gesundheitsnotstand in 51 Distrikten

Die Regierung erklärte den Gesundheitsnotstand für 90 Tage wegen des Ausbruchs bzw. der unmittelbaren Gefahr eines Dengue-Ausbruchs in 51 Distrikten in 15 Regionen. In diesen Regionen wurden 23.702 Fälle von Denguefieber gemeldet. Das sind mehr als doppelt so viele wie im vergangenen Jahr.

(<https://www.inforegion.pe/288965/declaran-en-emergencia-por-dengue-a-varios-distritos-de-regiones-amazonicas/>)

Bundesregierung beschließt Ausstieg aus Palmöl für die Kraftstoffproduktion

Ab 2023 werden in Deutschland keine Biokraftstoffe mehr aus Palmöl gefördert. Das hat das Bundeskabinett im September beschlossen. Anstelle des Palmöls fördert der Bund künftig Biokraftstoffe aus Abfall- und Reststoffen über eine Mindestquote. Der Anteil von Biokraftstoffen aus Nahrungs- und Futtermitteln an der Treibhausgaserminderungs-Quote darf die Obergrenze von 4,4 Prozent nicht überschreiten.

Auch [im peruanischen Amazonasgebiet wird Wald für die Palmölproduktion](#) abgeholzt.

(Pressedienst Nr. 243/21)

zusammengestellt und übersetzt von Annette Brox

6. “Der Leuchtende Pfad war nicht die einzige Terrorgruppe in Peru”

Ein Gespräch mit der Historikerin Cecilia Mendez aus Anlaß des Todes von Abimael Guzman.

Am 11. September starb der wohl berühmteste Terrorist Lateinamerikas, Abimael Guzman. Der 86-jährige starb eines natürlichen Todes im Hochsicherheitsgefängnis in der Marinebasis von Callao, wo der Gründer und Anführer der peruanischen Terrororganisation „Leuchtender Pfad“ seit seiner Gefangennahme am 12. September 1992 eine lebenslange Haftstrafe verbüsst hatte. Sein Tod löste eine nationale Debatte aus, was mit dem Leichnam geschehen solle. Nach Erlass eines dementsprechenden Gesetzes, wurden die sterblichen Überreste von Abimael Guzman schließlich verbrannt und seine Asche an einem unbekannten Ort verstreut.

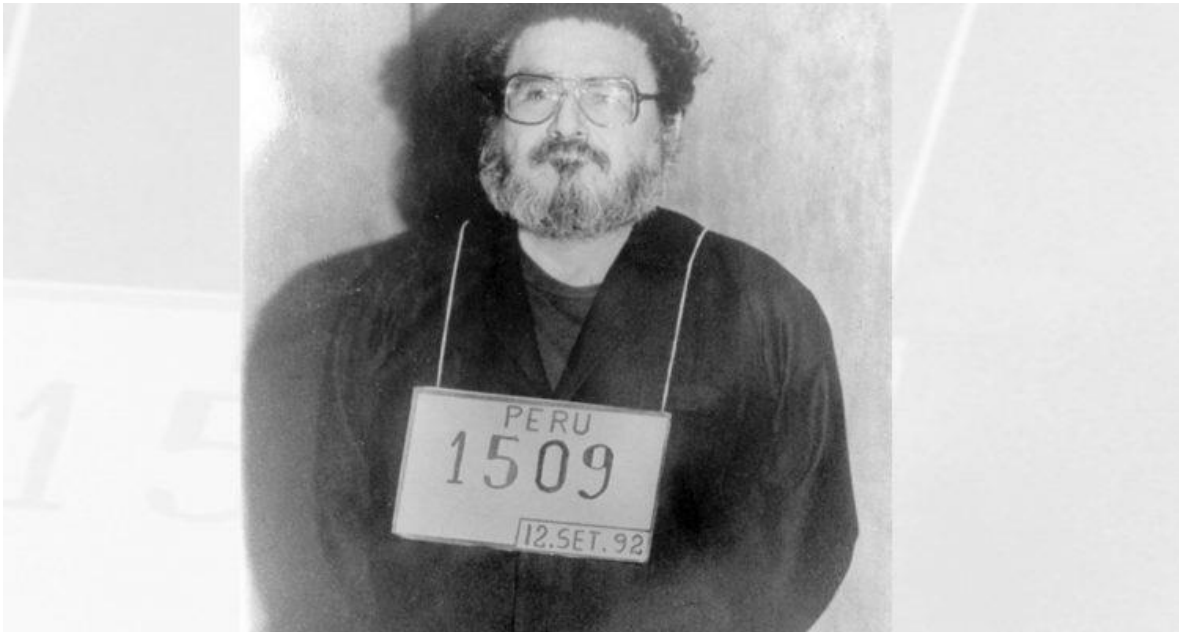
InfoPeru sprach mit der peruanischen Historikerin Cecilia Mendez darüber, warum der Tod Abimael Guzmans so viele Gemüter erhitze; warum Sendero Luminoso keine Guerrilla-Gruppe wie andere war, und wo der Prozess der Aufarbeitung des Bürgerkrieges heute steht.

Cecilia Mendez lehrt Geschichte an der University of California in den USA.

InfoPeru: Was bedeutet der Tod von Abimael Guzman für die Aufarbeitung des bewaffneten Konfliktes in Peru?

Sehr wenige Menschen stellen sich im Moment diese Frage, es gibt kein gesellschaftliches Klima dafür. Wir haben erstmals eine Regierung, die sich als links definiert, nach einer Wahlkampagne, in der die Kandidaten der Linken von der Opposition als Terroristen verunglimpft wurden, und in der jegliche Kritik am Status Quo als Terrorismus dargestellt wurde. Als nun Abimael Guzman starb, kam von konservativer Seite gleich die Kritik, dass die Regierung sich nicht klar vom Leuchtenden Pfad distanzieren würde. Anstatt darüber nachzudenken, was dieser Tod bedeutet, ging der Streit darüber los, was man mit dem Leichnam machen solle.

Wenn wir tiefer analysieren, dann geht mit dem Tod von Abimael Guzman ein Zyklus zu Ende, der 1980 begann und ein Blutbad in Gang setzte, das 18 Jahre lang währen sollte. Nie vorher gab es in Peru kriegsartige Auseinandersetzungen, die so lange andauerten und so viele Opfer forderten. Diese Periode geht zu Ende, denn nun ist Amnestie kein Thema mehr. Zugleich haben wir ein gesellschaftliches Klima, in dem es nicht angesagt ist, darüber zu reden.



Abimael Guzman. Foto: Andina Archivo.

Was steckt hinter der Auseinandersetzung um den Leichnam von Abimael Guzman ?

Es ist die Angst, dass sich ein Grab zu einer Pilgerstätte, zu einem Mausoleum werden könnte, zu einer Kultstätte des Leuchtenden Pfades. Die Angst war so groß, dass man nicht einmal der Witwe, eine ebenfalls lebenslänglich einsitzende hohe Anführerin des Leuchtenden Pfades, gestattete, den Leichnam noch zu sehen.

Der Leuchtende Pfad ist immer noch eine offene Wunde in der peruanischen Gesellschaft. Er hat viele Spuren in vielen Menschen hinterlassen durch die Gewalt, die Massaker, den Schmerz. Erstaunlicherweise kommen in den Medien aber nicht die Menschen zur Sprache, die unter dem Leuchtenden Pfad am meisten gelitten haben, nämlich die ländliche Andenbevölkerung. Diese interessiert es weniger, was mit dem Leichnam von Abimael Guzman geschieht. Sie warten immer noch Gerechtigkeit.

Die meisten bewaffneten Gruppen des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika werden als Guerrilla bezeichnet. Der Leuchtende Pfad dagegen wird meist als Terrorgruppe benannt. Was ist der Unterschied?

Das hängt davon ab, welche Definition von Terrorismus man anwendet. Der Leuchtende Pfad war eine politische Organisation, die terroristische Mittel anwendete. Insofern ist es richtig, sie als terroristische Organisation zu bezeichnen, genauso wie sie auch eine politische Organisation waren. In zweierlei unterscheidet sich der Leuchtende Pfad deutlich von den bewaffneten Bewegungen Lateinamerikas des 20. Jahrhunderts: zum einen war für den Leuchtenden Pfad (*in Zukunft im Text SL abgekürzt*) die Gewalt nie das letzte Mittel, sondern das erste. Als 1980 zum ersten Mal nach der Militärdiktatur Wahlen durchgeführt wurden, hat der Leuchtende Pfad die

Wahlen boykottiert. Sein erster terroristischer Anschlag war das Verbrennen der Wahlurnen – Urnen mit Stimmzetteln von Menschen, die als Analphabeten zum ersten Mal in ihrem Leben zur Wahl gehen durften. Für den Leuchtenden Pfad war die Gewalt nicht das letzte Mittel, sondern das erste Mittel. Deswegen ist es so schwierig, diese Gewalt zu rechtfertigen. SL wollte in ganz Peru ein Blutbad provozieren, in der Absicht, dass die Regierung immer repressiver würde und das Volk keine andere Option sähe, als sich dem Leuchtenden Pfad anzuschließen.

Die Entstehung von bewaffneten Gruppen in anderen Ländern war ganz anders. Viele von ihnen entstanden während einer Diktatur – mit Ausnahme von Kolumbien. Aber in Kolumbien ging es der Guerrilla immer darum, zu verhandeln: ein Entführter gegen einen freigelassenen Guerrillero etc. Der Leuchtende Pfad verhandelte nicht.

Der andere große Unterschied ist der Verzicht des SL auf nationale Symbolik oder den Appell an nationalistische Gefühle. Andere Guerrilla-Gruppen nannten sich „Nationale Befreiungsfront“ etc, oder sogar die MRTA-Guerrilleros hatten während der Besetzung der japanischen Botschaft Halstücher mit der peruanischen Flagge um den Mund gebunden. Bei SL gab es das nicht. SL benutzte Hammer und Sichel, die weltweiten Symbole des Kommunismus, aber nie nationale Symbole. Vor 1980 bezogen sie sich noch auf Mariategui. Aber danach gab es nur noch das „Pensamiento Gonzalo“, also das, was der Anführer Abimael Guzman anordnete. SL bekam so den Charakter einer hierarchisch aufgebauten Sekte mit einem sehr ausgeprägten Personenkult.

In Ihrem neuesten [Essay „Peru – The Paths of Terrorism“](#) beschreiben Sie, dass der Begriff Terrorismus in Peru schon längst vor dem Leuchtenden Pfad in Gebrauch war.

Der erste belegte Gebrauch des Begriffs „Terrorismus“ in Peru bezieht sich auf den vom Staat ausgeübten Terrorismus. Im Jahr 1867 kam es im Departament Puno zu Aufständen der indigenen Bevölkerung. Die dortigen Grossgrundbesitzer, die zugleich auch Abgeordnete im Kongress in Lima waren, forderten ein Gesetz, das die gewaltsame Unterdrückung und Verbannung der Aufständler erlauben sollte. Liberale Stimmen, die es in Peru damals auch gab, bezeichneten diesen Vorschlag als terroristische Praktiken. Das machte Sinn, denn die Grossgrundbesitzer wollten den Gebrauch der Gewalt legitimieren, um Angst zu schüren. Das Gesetz kam damals nicht durch. Der erste Gebrauch des Wortes „Terrorismus“ in Peru diente also dazu, bestimmte Praktiken der Mächtigen zu bezeichnen.

Erst 1949, unter der Herrschaft des Diktators Odría, kam es zu einem Gesetz, das Terrorismus als Straftat gegen die innere Sicherheit definierte. Dieses Gesetz richtete sich damals gegen die APRA und dessen Gründer Haya de la Torre.

Was ich damit sagen will: Terror kann von verschiedenen Seiten ausgeübt werden, es hängt vom jeweiligen historischen Moment ab, ob von Seiten des Staates oder gegen den Staat.

Es gibt auch Terrorismus im Gewand eines Zwangsarbeitssystems. Die Zeit des Kautschuk-Booms vor rund 100 Jahren ist dafür ein gutes Beispiel. Der Terror wurde als Waffe eingesetzt, damit die Indigenen Kautschuk lieferten. In dieser Epoche sind mehr indigene Gemeinschaften verschwunden als unter SL. Und niemand spricht hier von Opfern des Terrorismus. Dabei waren die Sklavencamps der Kautschuk-Barone und diejenigen, die Sendero Luminoso unterhielt, sehr ähnlich. Wenn ich sage, dass Sendero Luminoso nicht die einzige terroristische Organisation in unserer Geschichte ist, wird mir Relativismus vorgeworfen. Aber ich stelle die Dinge nur in ihrer historischen Perspektive dar. Ich sage nicht, dass SL keine terroristische Organisation war. Aber er war nicht die einzige. Eine Wahrheit schließt die andere nicht aus.

Welche Rolle spielen dabei die Medien ?

Wir haben heute eine gefährliche Situation, in der systematische Desinformation betrieben wird und keine Pluralität der Meinungen erlaubt ist. Dies könnte einem Faschismus den Weg bereiten. Jeglicher Faschismus basiert auf einer systematischen Lüge, auf Propaganda.

Die Menschen, die in den Anden für Castillo gestimmt haben, kommen in den nationalen Fernsehkanälen nicht vor. Bisher hat niemand eine Bäuerin aus den Anden öffentlich gefragt, was ihrer Meinung nach mit dem Leichnam von Abimael Guzman geschehen soll.



Cecilia Méndez ist Geschichtsprofessorin an der University of California. Sie ist auch Kolumnistin der peruanischen Tageszeitung "La Republica"

In anderen lateinamerikanischen Ländern ist es inzwischen üblich, ehemalige Guerreros als respektierte Politiker sogar in hohen Wahlämtern zu sehen. Pepe Mujica in Uruguay oder Dilma Rousseff in Brasilien sind die bekanntesten Beispiele. Aber auch in Kolumbien stellen sich ehemalige Guerrilleros zur Wahl. Wird dies in Peru auch einst der Fall sein, dass der Leuchtende Pfad eine „normale“ Partei wird und ehemalige Sendero – Häftlinge sich um ein politisches Amt bewerben können?

Diese Debatte ist in Peru nie geführt worden. Movadef, der politische Arm des SL, ist nicht als Partei anerkannt. Der Wiedereingliederung wird erschwert durch die so grausamen Taten des Leuchtenden Pfades. Aber auch dadurch, dass weder Abimael Guzman noch Alberto Fujimori jemals ihre Taten öffentlich bereut haben. Guzman hat die Gräueltaten immer mit der Revolution gerechtfertigt. Die Wahrheitskommission hat zwar rechtmäßige Verurteilungen sowohl gegen Abimael Guzman wie auch Alberto Fujimori erreicht; keiner von beiden hat jedoch jemals seine Verantwortung für die Gewalttaten eingestanden.

Wenn verurteilte *Senderistas* freikommen und auch ihre Taten bereuen, so werden sie in Peru heute erneut kriminalisiert. Sie dürfen zum Beispiel nicht an staatlichen Schulen unterrichten und werden vieler Arbeitsmöglichkeiten beraubt. Es gibt keinen Dialog darüber, wie freigelassene Senderistas, die ihre Haftstrafe verbüsst haben, sich in die Gesellschaft eingliedern können.

41 Jahre sind vergangen seit der ersten Gewalttat des Sendero Luminoso in Chuschi; 29 Jahre seit der Verhaftung des Anführers Abimael Guzman und 18 Jahre seit Übergabe des Berichts der Wahrheitskommission: wo steht der Prozess der Aufarbeitung der jüngsten Gewaltgeschichte heute?

Leider befinden wir uns in einem geschichtlichen Moment, in dem die Versöhnung, der Konsens und das friedliche Zusammenleben kein Thema sind. Es dominieren die Verfolgung Andersdenkender und der politische Nutzen, der aus dem Trauma der Vergangenheit geschlagen wird. Die Referenz auf die Vergangenheit wird zur Waffe, um den Gegner auszuschalten. Das hat auch mit der schädlichen Rolle der Medien zu tun, die keine Dialogräume öffnen.

Vor rund 10 Jahren gab es eine kleine Öffnung: die Bücher von [Lurgio Gavilan](#) oder [Juan Carlos Aguero](#), aber auch des ehemaligen Militärs [Carlos Enrique Freyre](#) haben die Dichotomie von Opfer und Täter aufgerissen und Gespräche ermöglicht. Heute ist davon wenig zu spüren.

Ein Problem ist, dass die Leute, die in Peru die Macht haben, in Lima leben und nicht in den Dörfern in den Anden, wo ehemalige Opfer und ehemalige Täter zusammenleben und sich arrangieren müssen. Oft gibt es in derselben Familie Opfer wie Täter, oder sogar eine Person konnte sowohl Opfer wie Täter sein, wie die Geschichte von Lurgio Gavilan. Eine Versöhnung müsste von diesen Menschen kommen, aber niemand in Peru hört ihnen zu. Stattdessen gehen einige Limeños auf die Straße, um gegen Terrorismus zu protestieren. In Ayacucho, wo die wirklichen Opfer des Terrorismus leben, geht niemand deswegen auf die Straße.

Ich befürchte, dass uns das Thema der Vergangenheitsbewältigung noch lange umtreiben wird.

Interview: Hildegard Willer

7. Finanzplatz Deutschland begünstigt Steuerhinterziehung in Peru

Der Telekommunikationsriese Telefonica soll in Peru Steuern mit Hilfe deutscher und holländischer Firmen zu hinterzogen haben.

Telefónica ist eine spanische Telekommunikationsfirma, eines der größten Telekommunikationsunternehmen der Welt. Sie ist –neben Spanien– auch in Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und in vielen Ländern Lateinamerikas tätig – auch in Peru, wo Telefónica jahrelang ein Monopol hatte und bis heute eine der Hauptanbieterinnen für Telekommunikation ist. Dort ist Telefónica nun angeklagt, Zahlungen an die deutsche Firma Telefónica Global Services GmbH geleitet und dadurch in Peru Steuern „gespart“ zu haben. Die Klage wurde von einem ehemaligen Lieferanten von Telefónica angestrengt. In Peru, Deutschland und Spanien werden in diesem Zusammenhang Untersuchungen durchgeführt. Dies und die folgenden Informationen wurden von [Ernesto Cabral \(Ojo Público\)](#) unter Mitarbeit der Journalisten Henk Willem Smits aus den Niederlanden und Antonius Kempmann aus Deutschland recherchiert.

Ein Lieferant klagt an

Der Staatsanwaltschaft für Steuerdelikte und der nationalen Leitung der Steuerverwaltung SUNAT liegt eine Anklage gegen Telefónica vor. Die Anklage wurde von einem ehemaligen Auftragnehmer der Telefónica vorgebracht, Carlos Paz Salinas, dessen Unternehmen in Peru u.a. die öffentlichen Telefonzellen managt. Der Vorwurf lautet, Telefónica del Perú habe ein Regelwerk geschaffen, das seine Lieferanten verpflichtet hat, einen Prozentsatz des Vertragswertes an die Telefónica Global Services GmbH (TGS) in Deutschland (und nicht an die Telefónica del Perú) zu überweisen. Der Prozentsatz hängt von der Marge (Differenz zwischen Erlös und Aufwand) des Lieferanten ab, üblicherweise sind es vier Prozent. Die TGS schickt dem Lieferanten eine Rechnung über diesen Betrag. Einem Lieferanten, der nach Berechtigung dieser Forderung fragte, wurde mitgeteilt, er brauche sich nicht mehr um Telefónica-Aufträge zu bewerben, falls er nicht an TGS bezahlt. Diese Praxis der Forderung von Überweisungen an die TGS wurde von anderen (Ex-) Lieferanten von Telefónica aus Peru und Panama bestätigt. Telefónica führt zur Rechtfertigung der Überweisung an, durch die Firma in Deutschland würden alle Offerten weltweit gebündelt.

Die Telefónica del Perú verliert also Geld, das in den Kassen der TGS landet, und muss für diesen Betrag keine Steuern bezahlen. Aktuell befindet sich die Telefónica del Perú im Rechtsstreit mit der SUNAT über eine Summe von mindestens 2,100 Milliarden Soles (440 Millionen Euro).



Steuerbetrug in Peru dank Firma in München-Ismaning

Die TGS mit Geschäftssitz in Ismaning, ist eine mittelbare Tochtergesellschaft der (spanischen) Telefónica S.A. Sie bietet angeblich Dienstleistungen für Lieferanten der Telefónica an, die die gegen Telefónica klagende Firma und andere ehemalige Lieferanten nach eigener Auskunft nie bekommen haben. Sie gehört der Briefkastenfirma 3G UMTS Holding (ebenfalls mit Sitz in Ismaning), die offiziell nur zwei Angestellte hat. Diese gehört wiederum der Telefónica Global Activities Holdings B.V, die Teil des Telefónica-Firmen-Konglomerats in den Niederlanden ist.

Die TGS hatte 2019 Einnahmen in Höhe von 498 Millionen Euros, vor allem aus Großbritannien, Brasilien, Deutschland, Spanien und anderen Ländern Lateinamerikas.

Maarten Hietland von SOMO (Centre for Research on Multinational Corporations, Amsterdam) stellt fest, dass es keine wirtschaftliche Rechtfertigung für den Transfer von Gewinnen aus Peru nach Deutschland und in die Niederlande gibt. Kleinere Anbieter sind aufgrund der marktbeherrschenden Stellung von Telefónica gezwungen, sich an dieser Steuerhinterziehung in Peru zu beteiligen. Dadurch werden Peru dringend benötigte Einnahmen entzogen.

Die TGS muss nach den Recherchen für diese Einnahmen aus Peru auch in Deutschland keine Steuern bezahlen, weil sie aufgrund verschiedener Investitionen in den letzten Jahren einen "ausgleichsfähigen Verlust" von 8,5 Milliarden Euro gemacht hat und diesen mit der Körperschaftssteuer verrechnen kann.

Die Niederlande sind nach Einschätzung des Tax Justice Networks TJN eines der wichtigsten Steuerparadiese, solche Offshore-Finanzplätze zeichnen sich durch niedrige Steuern, ein hohes Maß an Geheimhaltung und minimale Finanzmarktaufsicht aus. Von einer der holländischen

Telefónica-Firmen wurden 2020 177 Millionen Euro an die spanische Muttergesellschaft überwiesen, sie ist die „finale“ Nutznießerin des ganzen Firmengeflechts.

Auch die spanischen und deutschen Behörden forschen nach, ob dieses Regelwerk von der Firma zur Steuerhinterziehung benutzt wurde. Die Guardia Civil von Zaragoza begann im letzten Mai mit ihren Untersuchungen. Ein Gericht in München untersucht die Art der Dienstleistungen der TGS für die Lieferanten der Telefónica.

Verdächtiges Geflecht von Tochterfirmen

Die Kombination verschiedener Tochterfirmen in Deutschland und den Niederlanden legt es nach Auffassung von Alex Cobham, Präsident des TJN, eine der weltweit wichtigsten Organisationen im Kampf gegen Steuerflucht, nahe, dass sich die Steuerbehörden weltweit mit den Operationen von Telefónica in ihren Ländern näher beschäftigen.

Auch Deutschland erweist sich als großzügig gegenüber der Firma 3G UMTS Holding: die Operationen der Firma erlaubten ihr im vergangenen Jahr die Abschreibung von Mehrwertsteuern in Höhe von 24 Millionen Euros, die ihr Deutschland gewährt hat.

Laut des Steuerparadies-Rankings von TJN liegt Deutschland auf Platz 14 – das sieht nach Hausaufgaben für die nächste Bundesregierung aus (<https://fsi.taxjustice.net/en/introduction/fsi-results>).

Jimi Merk

Quellen:

Ernesto Cabral (Ojo Público): „Conglomerado offshore de Telefónica está en la mira de Fiscalía y Sunat tras denuncia de exproveedores“

<https://ojo-publico.com/2968/offshore-de-telefonica-en-la-mira-de-la-fiscalia-y-la-sunat>

Henk Willem Smits: „Telecomreus Telefonica sluist via Nederland geld weg uit Zuid-amerika“

https://www.ftm.nl/artikelen/telecom-reus-telefonica-sluist-via-nederland-geld-weg-uit-zuid-amerika?utm_campaign=Eric-Smit&utm_source=article&utm_medium=link&share=W8%2BWF9eOIEoiXVrrF4XUoPaWWit%2FPOMId2%2F8ifBGpE%2B6Kwk4bwxxku95HcQ%3D%3D

8. Wenn Peruaner Deutsche werden

Peruaner, die Deutsche werden wollen, müssen ihre peruanische Staatsbürgerschaft ablegen. Ein europäisch-peruanisches Anwaltskollektiv sucht neue Wege, um auch Doppelbürgerschaften zu ermöglichen.

Eines der relevantesten Themen für die in Deutschland lebenden Peruaner ist, dass sie als Voraussetzung für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung zur Aufgabe der peruanischen Staatsangehörigkeit verpflichtet werden.

Die Gründe, die Peruaner zur Einbürgerung motivieren, sind vielfältig: die Verwurzelung nach langjährigem Aufenthalt in Deutschland, die Identifikation mit der Gesellschaft oder die Familiengründung. Darüber hinaus kann auch die reibungslose Ausübung eines international ausgerichteten Berufes die Einbürgerung vieler Peruaner motivieren: Peruanische Fachkräfte müssen schwerfällige Visa-Verfahren für Länder wie England, die USA oder für asiatische Länder durchlaufen, die ihre deutschen Kollegen für den Antritt von Geschäftsreisen nicht benötigen. Ein weiterer Grund für die Einbürgerung von Peruanern ist die Sicherheit, die man als deutscher Staatsangehöriger und damit als europäischer Staatsbürger hat, in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft leben und arbeiten zu können.

Strenges Verbot von Doppelstaatigkeit

Jedoch folgt das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht einem strengen Verbot der Doppel- oder Mehrstaatigkeit, weshalb die einbürgerungswilligen Ausländer bei Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit die ursprüngliche aufgeben müssen. Dieses Prinzip wird dennoch durch unterschiedliche Umstände gebrochen: Deutschland erlaubt beispielsweise die doppelte oder mehrfache Staatsbürgerschaft, wenn Antragsteller Staatsangehöriger von Ländern der Europäischen Gemeinschaft oder der Schweiz sind oder wenn sie den Status von Asylsuchenden, Flüchtlingen, Aussiedlern oder Spätaussiedlern haben. Weiterhin erlaubt Deutschland die Beibehaltung der Herkunftsstaatlichkeit, wenn das Herkunftsland die Aufgabe dessen Staatsangehörigkeit nicht vorsieht, die Entlassung in der Regel ablehnt oder wenn dem Verfahren für die Entlassung trotz Bemühungen des Antragstellers unzumutbare Bedingungen entgegenstehen. Auch wird die Beibehaltung erlaubt, wenn die Entlassung nicht in angemessener Zeit entschieden wird oder wenn die Kosten für dieses Verfahren das durchschnittliche monatliche Nettogehalt des Bewerbers übersteigen. Aus diesen Gründen können Bürger mehrerer ausländischer Staaten bei der Einbürgerung ihre Herkunftsstaatlichkeit behalten. Laut Statistiken können fast 50 Prozent der Eingebürgerten ihre Herkunftsnationalität auf diese Weisen behalten. Nicht jedoch die Peruaner, da die Verfassung Perus ausdrücklich das Recht vorsieht, auf die peruanische Staatsangehörigkeit zu verzichten und zwar durch ein einfaches Verwaltungsverfahren.

Peruaner, die auf die peruanische Staatsangehörigkeit verzichten, wenden sich jedoch von ihren finanziellen oder sozialen Interessen in Peru nicht ab, der Verzicht bedeutet nicht einmal, dass diese (nicht mehr) Peruaner aufhören, Botschafter ihrer Kultur in ihrem Gastland zu sein. Vielmehr könnte man sagen, dass diese Bürger durch die Einbürgerung Brücken zwischen den beiden Kulturen und Gesellschaften bilden.

Schwierigkeiten in Peru

Jedoch verursacht der Verzicht auf die Herkunftsstaatsangehörigkeit bei den Peruanern vielerlei Schwierigkeiten: Bei der peruanischen Verwaltung erscheinen sie nicht mehr in den Meldesystemen, weshalb sie bei Verfahren wie beispielsweise einer Erbschaftsnachfolge die Identitätsgleichheit mit den „früheren Peruanern“ beweisen müssen. Ebenso ist die Eröffnung von Bankkonten für einen Ausländer in Peru sehr umständlich und in angesichts dessen, dass die Auslandsperuaner -aus der ganzen Welt- jährlich ca. 2.800 Millionen Euro nach Peru versenden, um ihre Familien wirtschaftlich zu unterstützen, ist die Eröffnung eines Kontos in Peru für sie von großer Bedeutung. Auch wird die Ausübung der Vertragsfreiheit eingeschränkt, indem der Abschluss von manchen Verträgen durch Ausländer von der Erteilung einer Genehmigung der Ausländerbehörde Perus abhängig gemacht wird.

Auch wenn Deutschland an seinem Grundsatz des Verbots der Mehrstaatigkeit festhält, so kann man im Laufe der Zeit eine Änderung der Perspektiven bei der Gesetzgebung in immer mehr Ländern beobachten, in denen für die Einbürgerung die Aufgabe der Herkunftsstaatsangehörigkeit zuvor erforderlich war, die doppelte Staatsbürgerschaft jedoch nunmehr erlaubt ist. Dies ist der Fall von Norwegen, das seit 2020 die Mehrstaatlichkeit in seinen Gesetzen vorsieht. Dies öffnet den Peruanern, die dort im Rahmen deren Einbürgerung auf die peruanische Staatsangehörigkeit davor verzichten mussten, die Möglichkeit, die peruanische Bürgerschaft zurückzuerhalten, ohne die Gesetzgebung ihres Wohnsitzlandes zu verletzen.

Eine vom Kollektiv "Peruanische Nationalität" -ein Zusammenschluss peruanischer Juristen und Akademiker in Europa- geförderte Änderung von Artikel 8 des peruanischen Staatsangehörigkeitsgesetzes (Gesetz Nr. 26574), die die Wiedererlangung der peruanischen Nationalität regelt, kam beispielsweise diesen Peruanern in Norwegen zugute. Denn die Änderung strebte an, dieses Verfahren für gebürtige Peruaner zu erleichtern. Diese Gesetzesänderung trat am 21. Juli 2021 in Kraft und dadurch haben gebürtige Peruaner nunmehr die Möglichkeit, die Staatsangehörigkeit durch einfachen Antrag und Willenserklärung auch in den peruanischen Auslandsvertretungen wiederzuerlangen.

Für den deutschen Staat würde die Wiedererlangung der peruanischen Nationalität durch einen gebürtigen Peruaner grundsätzlich ein Verstoß gegen den deutschen Grundsatz des Verbots der Mehrstaatigkeit darstellen, der zum automatischen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

führen würde. Deshalb ist es im Interesse der Gemeinschaft der Peruaner in Deutschland, eine Lösung für diese Problematik zu finden.

Ein bilateralen Vertrag

Eine mögliche Lösung wäre ein bilateralen Vertrag zwischen Deutschland und Peru, der sowohl die Wiedererlangung der peruanischen Staatsangehörigkeit erlauben würde sowie für neue Einbürgerungen die Möglichkeit vorsehen würde, nicht auf die Herkunftsnationalität verzichten zu müssen. Das peruanische Gesetz erlaubt grundsätzlich die Mehrstaatlichkeit, auch für deutsche Bürger.

Zudem besteht ebenfalls die Möglichkeit, eine Änderung des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes zur Ermöglichung der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit durchzuführen. Das Thema wird seit vielen Jahren in der deutschen Politik mit mehr oder weniger Intensität diskutiert. Es gibt selbstredend Aspekte des Völkerrechts, die für eine solche Änderung bewertet werden müssen, wie beispielsweise das anwendbare Steuersystem oder die Zuständigkeit eines Gerichts für Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten. Darüber hinaus richtet sich die Diskussion jedoch intensiver dahin, ob eine solche Reform überhaupt zu fördern ist. Die Gegner dieser Änderung argumentieren, dass die Loyalität zur BRD beschädigt wird oder dass sich Bewerber nicht ausreichend zur deutschen Staatsangehörigkeit bekennen würden, weil sie an eine andere Staatsangehörigkeit "gebunden" sind, dies ist jedoch nicht belegt. Im Gegenteil betonen diejenigen, die eine solche Änderung befürworten, die integrative Kraft, die eine solche Reform erzeugen könnte: Studien und Statistiken zeigen, dass der Verzicht auf die Herkunftsstaatsangehörigkeit das wichtigste subjektive Hindernis für die Einbürgerung in Deutschland ist, also würde eine Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Sinne der Zulassung der Doppel- oder Mehrstaatigkeit die Zahl der Einbürgerungen wesentlich erhöhen und damit auch das Engagement für Deutschland, das sich in einer stärkeren politischen und bürgerschaftlichen Beteiligung der nunmehr eingebürgerten Deutschen niederschlagen würde. Gibt es sonst ein Zeichen der Integration, das größer ist als die Einbürgerung eines Menschen und die Anerkennung der deutschen Ordnung als die eigene?

Milagros Portocarrero-Psaltiras, Rechtsanwältin

9. Lieferkettengesetz: eine Chance für Peru?

Ein Lieferkettengesetz muss die realen Kosten für Erzabbau in Peru abbilden, schreibt Frank Braun.

Die Preise, die wir an den Kassen der Supermärkte und online Shops für Produkte aus Peru bezahlen, lügen. Die ökologischen und sozialen Folgekosten eines Raubbaus an Mensch und Natur, wie er auch heute noch in den Minen und auf den Feldern Perus stattfindet, werden ausgelagert und spiegeln sich in den Preisen der Produkte nicht wieder. Das jüngst in Deutschland verabschiedete Lieferkettengesetz soll hier Abhilfe schaffen. Aber welche Konsequenzen hat das Gesetz für Mensch und Natur in Peru? Der Versuch einer Bestandsaufnahme.

La Oroya und Cerro de Pasco als Negativbeispiele

Eigentlich ist es absurd, dass es im 21. Jahrhundert noch notwendig ist ein Gesetz zum Schutz von Menschen gegen Ausbeutung am Arbeitsplatz zu erlassen. Es reflektiert aber eben die traurige Realität, dass die Einhaltung von Menschenrechten in vielen Staaten bei weitem nicht selbstverständlich ist. So auch in Peru. Hier nur einige Beispiele dieser dunklen Seite der Wirtschaft: Chinesische und westliche Firmen bauen Kupfer, Silber und Gold in Peru ab. Vergiftetes Wasser, Vertreibung der Menschen aus deren Häusern und unmenschliche Arbeitsbedingungen sind nur 3 der Folgen für die Menschen, die hier leben. Die Gewinne aus dem Rohstoffgeschäft fließen größtenteils ins Ausland ab, während die ökologischen und sozialen Folgekosten im Land verbleiben und sozialisiert werden. Bergbaugemeinden wie beispielsweise der mittlerweile von den Betreiberfirmen verlassene Ort La Oroya oder Cerro de Pasco sind die Verlierer dieses Systems. Hier möchte heute niemand mehr leben, denn die jahrelange Minenwirtschaft hat Boden und Wasser durch Schwermetalle wie Schwefeldioxid, Blei und Arsen kontaminiert. Die in den Anden gelegenen Bergbaustadt La Oroya wurde vom Time Magazin in der Liste der am meisten verschmutzten Orte weltweit aufgeführt. Rund 35.000 Menschen, so schätzt Time, sind von den jahrelangen Zerstörungen direkt betroffen. Blei ist der Schadstoff, der wohl die größten Schäden anrichtet, weil die Auswirkungen auf Kinder so verheerend sein können. Hier weisen 99 % der Kinder Blutwerte auf, die die zulässigen Grenzwerte überschreiten, und zwar dank einer Hütte die in amerikanischem Besitz war, die die Stadt seit 1922 bis vor wenigen Jahren verschmutzt hat. Der durchschnittliche Bleispiegel lag laut einer Untersuchung von 1999 um das Dreifache über dem WHO-Grenzwert. Selbst Jahre nach Schließung der Schmelzhütten, wird das verbrauchte Blei noch jahrhundertlang im Boden von La Oroya verbleiben - und es gibt derzeit keinen Plan, es zu beseitigen. Seit Jahrzehnten kämpfen Anwohner um ihre Rechte, um die Gesundheit ihrer Kinder, bislang hat das aber kaum etwas verändert. Gleiches gilt für die auf über 4300 Metern gelegene Stadt Cerro de Pasco mit seinen 70.000 Einwohner:innen. Cerro de Pasco ist eine der schlimmsten Bleivergiftungsgebiete der Welt. Die riesige Grube der Silbermine zieht sich wie eine Wunde durch den Ort. La Oroya und Cerro de Pasco stehen für Hunderte solcher

Orte im ganzen Land. Rund 30 Milliarden US-Dollar erwirtschaften internationale Konzerne in den Minen Perus, das sind rund 60% der Exporte des Landes, aber für die Menschen in La Oroya und Cerro de Pasco, die mit ihrer Arbeitskraft die Rohstoffe aus der Erde holen, ist von diesem Wohlstand nichts zu spüren.



Die alte Bergbaustadt La Oroya hat bis vor wenigen Jahren noch ihre Erze in alle Welt geliefert - trotz hoher Umweltverschmutzung. Foto: Frank Braun.

Diese Beispiele zeigen, mit welcher Doppelmoral große Konzerne am Markt agieren. Auf der einen Seite die auf Hochglanzpapier gedruckten Nachhaltigkeitsberichte, auf der anderen Seite, die schmutzige Wirklichkeit. Zu groß ist der Preis- und Konkurrenzdruck in dieser globalisierten Wirtschaft. Es ist ein wenig, wie bei der Henne und dem Ei, wenn man mit Unternehmen und Staaten spricht. Immer ist es das gleiche Argument: Wir müssen konkurrenzfähig bleiben! Nur wenn alle in dieser globalisierten Wirtschaft mitmachen, dann könne es funktionieren, so ist da immer wieder zu hören. Im Umkehrschluss heißt das dann eben auch, wir nehmen Sklaverei, Ausbeutung und Kinderarbeit in Kauf, trotz nachhaltiger Entwicklungsziele und der Menschenrechte, denen sich ja auch Deutschland verpflichtet hat.

Die Bergbaubranche steht hier stellvertretend für viele andere Branchen. Für Peru noch besonders relevant in dieser globalisierten Welt des Raubtierkapitalismus sind die Landwirtschaft und die Textilindustrie. Die Muster sind immer die gleichen. Globale Konzerne machen Milliarden Gewinne, während die Menschen vor Ort, auf deren Erde, mit deren Gesundheit, mit deren Ressourcen, diese Gewinne überhaupt erst möglich werden, Hungerlöhne, Krankheit und Umweltzerstörung als Früchte ihrer Arbeit ernten. In 2020 hat Deutschland laut Zahlen des statistischen Bundesamtes Waren im Wert von 1,3 Milliarden Euro aus Peru importiert. Erze, landwirtschaftliche Produkte und weiterverarbeitete Nahrungsmittel sind die drei größten Warengruppen. Wie kann das deutsche Lieferkettengesetz dazu beitragen, an diesen untragbaren Umständen etwas zu ändern?

Ein Schritt in die richtige Richtung mit Nachbesserungsbedarf

Das „Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten“, so der offizielle Name des Gesetzes, soll dafür sorgen, dass Geschichten, wie die von La Oroya der Vergangenheit angehören. Das Gesetz tritt 2023 in Kraft und erfasst zunächst Unternehmen ab 3.000, von 2024 an dann Unternehmen ab 1.000 Mitarbeiter*innen. Diese Unternehmen müssen fortan bei direkten Zulieferern sowie anlassbezogen auch bei indirekten Zulieferern Risiken für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung ermitteln, Gegenmaßnahmen ergreifen und diese gegenüber dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) dokumentieren.

Das Gesetz ist ein wichtiger Meilenstein, weg von rein freiwilliger Corporate Social Responsibility, die ja leider nie funktioniert hat, hin zu verbindlichen Vorgaben für Unternehmen. Leider wurde das Gesetz aber vor allem auf Druck des Wirtschaftsministeriums an einigen Stellen weichgespült. Anders als zunächst vorgesehen, gilt das Gesetz für weniger Unternehmen, schränkt die Sorgfaltspflichten von Unternehmen stark ein und begründet keinen zivilrechtlichen Haftungstatbestand mehr. Das bedeutet, dass Betroffene von Menschenrechtsverletzungen auf Basis dieses Gesetzes keinen Schadensersatz von Unternehmen einklagen können. Auch sind kleine und mittlere Unternehmen von der Einhaltung dieses Gesetzes befreit. Wie können wir es mit unseren Werten vereinbaren, dass wir Unternehmen von der Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards befreien? Für Svenja Schöneich vom Projekt „Transnational Governance of Sustainable Commodity Supply Chains“ der Stiftung Wissenschaft und Politik, die sich intensiv mit dem Gesetz auseinandergesetzt hat, sind die Folgen des Gesetzes für Länder wie Peru noch nicht absehbar. „Noch ist vieles unklar. Die Auswirkungen für Länder wie Peru müssen sich erst noch zeigen“, so Schöneich. Um das Gesetz wirkungsvoll zu machen empfiehlt sie den Ausbau von transnationalen Multistakeholder- Initiativen unter Einbeziehung aller im Prozess beteiligten, mehr Transparenz in den Lieferketten und insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen entsprechende Unterstützung bei der Umsetzung des Gesetzes. Sie hofft vor allem auch auf das auf EU-Ebene gerade in der Debatte stehende Lieferkettengesetz, das noch fairere Bedingungen im globalen Handel schaffen würde. Dazu gleich noch mehr. Zudem, so Schöneich, habe die EU mehr Marktmacht als Deutschland alleine. Eine Sorge Schöneich's ist, dass lokale und kleine Anbieter die notwendigen bürokratischen Anforderungen nicht erfüllen könnten und aus dem Markt gedrängt würden.

Ein Lieferkettengesetz für alle EU-Länder

Keine Frage, das Gesetz ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und wird auch Signalwirkung auf die anderen europäischen Länder haben, wo ein ähnlicher Gesetzesentwurf vorliegt. Unternehmenslobbyisten haben allerdings gerade wieder gezeigt, wie stark deren Einfluss in Brüssel und Berlin ist. So wurde der Gesetzesentwurf auf EU-Ebene, der im Juni 2021 vorgelegt werden sollte, verschoben und soll „nachgebessert“ werden. Jetzt im Oktober 2021 will die EU-Kommission einen Legislativvorschlag zu Sorgfaltspflichten zum Schutz von

Menschenrechten und der Umwelt in der Lieferkette vorlegen. Seit Monaten laufen die Lobbyisten der verschiedenen Industrieverbände dagegen Sturm, und versuchen die Vorlage aufzuweichen. Die Muster in der Argumentation der internationalen Konzerne und Industrieverbände sind immer gleich und durchsichtig. Unter dem Deckmantel von Argumenten wie „Verlust von Arbeitsplätzen“, „Wettbewerbsverzerrung“ will man dafür sorgen, dass auch weiterhin in unserem Namen ausgebeutet und zerstört werden darf. Das ist nicht nur beschämend, es ist eine Bankrotterklärung unseres Systems, wenn international vereinbarte Menschen- und Naturrechte in vielen Teilen der Welt auf dem Altar der Profitgier einiger weniger geopfert werden. Wir sollten die Fallbeispiele aus La Oroya und Cerro de Pasco im Grundstudium aller Studierenden der Betriebswirtschaftslehre zur Pflichtlektüre machen, um uns dieser unangenehmen Seiten dieses Unrechtssystems bewusst zu werden. Das Lieferkettengesetz ist ein guter Anfang, mehr aber auch nicht, denn Kompromisse kann und darf es nicht geben, wenn es um global verbürgte Menschen- und Umweltrechte geht.

Frank Braun (<https://fairbinden.eu>)

Quellen:

<https://lieferkettengesetz.de/>

<https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/blog/kinderarbeit-fragen-und-antworten/166982>

<https://www.ecoi.net/en/document/2048739.html>

http://content.time.com/time/specials/2007/article/0,28804,1661031_1661028_1661020,00.html

<https://www.nationalgeographic.com/history/article/151202-Cerro-de-Pasco-Peru-Volcan-mine-eats-city-environment>

https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.pdf?__blob=publicationFile

<https://bdi.eu/artikel/news/auf-dem-weg-zu-einem-europaeischen-lieferkettengesetz/>

<https://peruconsult.de/top-20-die-groessten-unternehmen-in-peru/>

<https://minus.net/seminario-analisis-el-impacto-de-las-regulaciones-de-debida-diligencia-en-las-cadenas-de-suministro-en-europa-para-el-sector-minero-de-la-region-andina/>

10. Alles für das Palmöl

In Ucayali hat die Unternehmensgruppe Ocho Sur eine der grössten Palmölanlagen Perus in Betrieb genommen. Die benachbarte Shipibo-Konibo-Gemeinschaft wurde nie dazu befragt.

In der Nähe indigener Territorien im Amazonasgebiet der Region Ucayali wurde eine Palmölverarbeitungsanlage errichtet, ohne die Auswirkungen auf die Shipibo-Konibo-Gemeinschaft Santa Clara de Uchunya zu berücksichtigen und die Gemeinde einzubeziehen.

In den vergangenen Jahren löste der vermehrte Palmöl-Anbau in Amazonien zahlreiche Landkonflikte mit verschiedenen indigenen Gemeinschaften aus. Die Geschichte von Santa Clara de Uchunya ist eine davon. Einen Höhepunkt erreichte der Konflikt mit der Errichtung einer Palmölgewinnungsanlage im März 2020. Die Gemeinschaft wurde im Vorfeld weder informiert noch konsultiert, obwohl sich die Anlage in einem an die Gemeinde angrenzenden Gebiet befindet. Die lokalen Anführer*innen, die diese Situation anprangern, werden mit dem Tod bedroht und fordern Sicherheitsgarantien.

Die Anlage und die Vorabkonsultation

Letztes Jahr wurden die Anführer*innen von Santa Clara de Uchunya vom Lärm der Palmölanlage der Unternehmensgruppe Ocho Sur, zu der die Unternehmen Ocho Sur P, Ochu Sur U und Servicios Agrarios de Pucallpa gehören, überrascht.

Die Anlage wurde im März 2020 in Betrieb genommen und ist eine der größten des Landes. Sie ermöglicht die industrielle Verarbeitung der Frucht zu Öl, das unter anderem bei der Herstellung industrieller Lebensmittel, Seifen, Shampoos, Kosmetikartikeln und Desinfektionsmitteln verwendet wird. Die Firma Servicios Agrarios de Pucallpa bezeichnet die Anlage, die 1,6 Kilometer vom Zentrum der indigenen Gemeinde entfernt liegt, als „modernste Südamerikas und Stolz der Region Ucayalis“.



Foto: David Diaz/ Ojo Publico

Santa Clara de Uchunya ist eine vom Kulturministerium anerkannte indigene Gemeinschaft. Dies verpflichtet zu einer vorherigen Konsultation der Gemeinschaft über jegliche Aktivität oder Bauvorhaben, die Auswirkungen auf ihr Territorium haben. Dennoch erachtete das zuständige Produktionsministerium es nicht für notwendig, dieses Shipibo-Konibo-Dorf miteinzubeziehen.

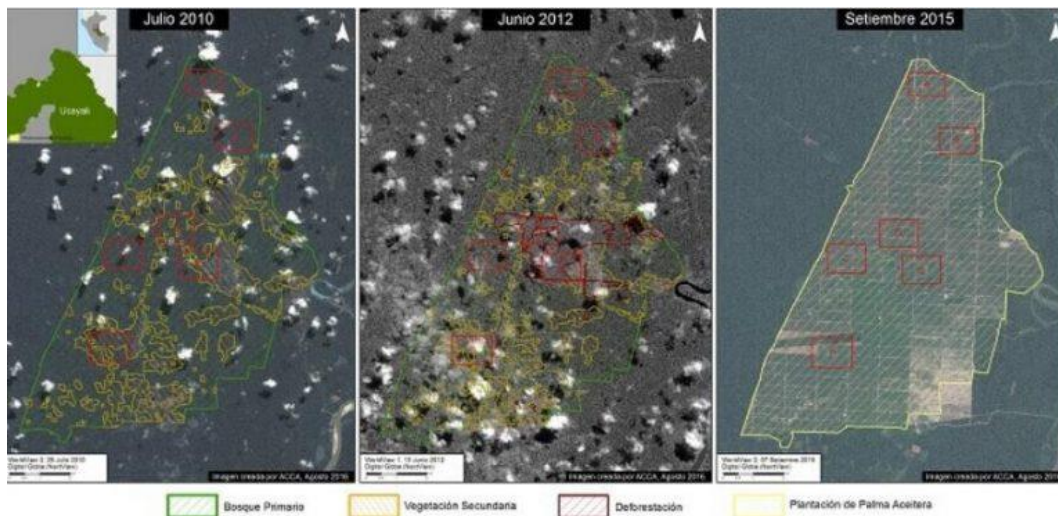
Im Distrikt Nueva Requena, in dem sich Santa Clara de Uchunya befindet, erhöhte sich der Waldverlust zwischen 2010 und 2020 um ein Sechsfaches. Es gab auch gewaltsame Auseinandersetzungen. 2018 wurden sechs Landwirt*innen während eines Konflikts um Land ermordet.

Bau ohne Vorabkonsultation

1975 wurde Santa Clara de Uchunya als Volk der Shipibo-Konibo anerkannt. Elf Jahre später verlieh das Landwirtschaftsministerium der Gemeinde Landtitel für eine Fläche von 218 Hektar zur Bodenbewirtschaftung und zur Viehzucht. Da die Gemeinde wuchs, bemühten sich ihre Anführer*innen, ihre Territorien zu erweitern. Lange blieben sie erfolglos, bis ihnen 2019 1500 weitere Hektar zugesprochen wurden. Inzwischen hofft die Gemeinde, dass ihr Territorium auf 20.000 Hektar ausgeweitet wird, die sie für sich beansprucht. Dabei beruft sie sich auf die von Peru unterschriebene ILO-Konvention 169.

Im Juli 2018 stellte Servicios Agrarios de Pucallpa beim Produktionsministerium den Antrag auf Annahme der Umweltverträglichkeitsstudie der Palmöl-Anlage. Das mehr als 700 Seiten umfassende Dokument berücksichtigte die drei Orte Naranjal, Unión Progreso und Miraflores als Teil des Einflussgebietes. Dagegen wurde die Gemeinde Santa Clara de Uchunya trotz ihrer geographischen Nähe von 1,6 Kilometern nicht berücksichtigt.

Bevor das Produktionsministerium die Umweltverträglichkeitsstudie des Unternehmens genehmigte, lieferte das Kulturministerium ein Gutachten, in dem es hieß, es gebe keine indigenen Gemeinschaften im Einflussbereich der Anlage, obwohl es gleichzeitig hieß, dass Santa Clara de Uchunya sich nahe des Wirkungsbereichs befinde.



Satellitenbilder zeigen die Zerstörung des Regenwaldes, innerhalb der letzten 11 Jahre, auf dem Gebiet der heutigen Palmölanlage. Foto: Proyecto MAP

Gustavo Zambrano Chávez, ehemaliger Generaldirektor für Rechte indigener Völker im Kulturministerium, ist der Meinung, Santa Clara de Uchunya hätte aufgrund der Entfernung von nur 1,6 Kilometern in das direkte Einflussgebiet des Projekts miteinbezogen werden müssen. Daher wäre seiner Einschätzung nach zumindest ein Partizipationsprozess notwendig gewesen. Ähnlicher Meinung ist Barnaby Rubio, Forscher am Institut für Demokratie und Menschenrechte der Katholischen Universität von Peru. Er wies darauf hin, dass die Nichteinbeziehung der Gemeinde eher einer „illegalen Praxis gleichkomme als einem Interesse an der Verteidigung ihrer Rechte“. Der Experte fordert, dass auch der Agrarsektor den Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte einhalten müsse. Dieser wurde im vergangenen Juni verabschiedet und entspricht nach Ansicht des Wissenschaftlers den internationalen Standards für die Sorgfaltspflichten von Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten.

Die Menschenrechtsorganisation Instituto de Defensa Legal, die die Verteidigung der Gemeinde Santa Clara de Uchunya übernommen hat, erklärte, dass es gute Argumente gäbe, um vor Gericht einen Stopp des Betriebs der Verarbeitungsanlage zu fordern, und dass man diese Möglichkeit prüfen werde.

Aktivitäten in der Anlage

Im November 2019, sieben Monate nachdem das Produktionsministerium die Umweltverträglichkeitsprüfung für die Anlage genehmigt hatte, überprüfte die Umweltaufsichtsbehörde OEFA Ocho Sur P. Dabei stellte sie fest, dass 500 Meter vom Eingang der Siedlung Tibecocha entfernt eine Industrieanlage errichtet worden war. Auf Nachfrage der

OEFA wies der Vertreter von Ocho Sur P darauf hin, dass die Anlage nicht in der Siedlung liege und zu Servicios Agrarios de Pucallpa gehörten.

Die Grupo Ocho Sur erklärte, dass die Umweltzertifizierungen, die noch geprüft wurden, "in strenger Übereinstimmung mit der geltenden Gesetzgebung" stünden. Die Anlage lief weiter, und es wurde sogar eine weitere in Betrieb genommen, bei der die Beteiligung von Santa Clara de Uchunya an einem möglichen Vorabkonsultationsverfahren ebenfalls nicht berücksichtigt wurde.

Gespaltene Gemeinschaft

Bevor sich der Ölpalmenanbau im Bezirk Nueva Requena ausbreitete, gab es nach Angaben der Mitglieder von Santa Clara de Uchunya keine Landstreitigkeiten, und sie konnten ohne Probleme Tiere jagen oder ihre eigenen Nahrungsmittel anbauen. Mit dem Anstieg der Investitionen in Ölpalmen in diesem Gebiet seit 2014 begann auch der Rechtsstreit mit Plantaciones de Pucallpa SAC, jetzt Ocho Sur.

Efer Silvano Soria, ein Anführer der Gemeinschaft, sagt, dass das Heranrücken des Unternehmens zu einer Spaltung innerhalb der Gemeinde geführt habe. Auf der einen Seite gebe es eine Gruppe, die die Klagen 2015 gegen Plantaciones de Pucallpa (jetzt Ocho Sur) unterstützt habe, und eine andere Gruppe, die ein besseres Verhältnis zu dem Unternehmen habe.

Ein Konflikt mit Geschichte

Die Unternehmensgruppe Ocho Sur befindet sich mit der Gemeinde in einem Konflikt, der seinen Ursprung im Jahr 2015 hat, als das Unternehmen zu Plantaciones de Pucallpa gehörten. Im Mai 2015 leitete die Umweltstaatsanwaltschaft von Ucayali eine Voruntersuchung ein, nachdem Gemeindevertreter*innen die Zerstörung von Primärwäldern in der Siedlung Tibecocha in Nueva Requena angezeigt hatten.

Der Bau der Anlage war nicht die einzige Maßnahme in der Umgebung von Santa Clara de Uchunya ohne Information oder Vorabkonsultation der Gemeinschaft. Noch vor dem Bau der Servicios Agrarios de Pucallpa kamen Palmenplantagen hinzu und breiteten sich allmählich aus. Schon bald konnten die Menschen nicht mehr in die Gebiete fahren, in denen sie früher Landwirtschaft und Fischerei betrieben haben, so die lokalen Verantwortlichen.



Die indigene Gemeinschaft Santa clara de Uchunya liegt nur 1,6 km entfernt von der Palmölanlage, wurde aber nie befragt. Karte: Ministerio de Cultura/Ojo Publico

Schutzgarantien

Die Verantwortlichen von Santa Clara de Uchunya haben auch Drohungen durch Personen, die sich an den Grenzen ihrer Gemeinde aufhalten, angezeigt und im August 2020 Maßnahmen zu ihrem Schutz nach dem Protokoll für Umweltschützer beantragt. Der Antrag wurde im Februar dieses Jahres angenommen, nachdem die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR) im November 2020 die peruanische Regierung aufgefordert hatte, "die notwendigen Maßnahmen [...] zu ergreifen, um die Rechte auf Leben und persönliche Integrität" der Gemeindemitglieder zu schützen.

In den letzten Monaten wurden keine neuen Drohungen gegen die Gemeindevorsteher*innen oder die Bevölkerung gemeldet, aber sie fordern, dass ihnen weiterhin Schutz gewährt wird.

Aramís Castro

übersetzt und zusammengefasst von Jonas Emrich

Quelle: <https://ojo-publico.com/3052/la-solitaria-lucha-de-un-pueblo-ante-el-avance-de-la-palma>



Foto: Luisenrique Becerra

11. Fotogalerie: Esmeraldas Kampf

Die 12-jährige Esmeralda Martin ist das jüngste Opfer der Schwermetallvergiftungen in Cerro de Pasco.

Ihr Großvater verließ als junger Mann das heimatliche Dorf, um in der Bergbaustadt Cerro de Pasco auf 4300 Meter Höhe sein Glück zu suchen. Für seine Enkelin, die 12-jährige Esmeralda Martin, brachte das Aufwachsen neben der offenen Tagebaugrube mitten in der Stadt Krankheit und Tod. Seit ihrem 6. Lebensjahr litt Esmeralda an einer schweren Form von aplastischer Anämie, einer Bluterkrankung, die u.a. auf den Kontakt mit Giftstoffen zurückzuführen ist. Wie so viele Kinder in Cerro de Pasco wies auch Esmeralda Martin zu hohe Schwermetallwerte auf. Ihre Eltern, Simeon Martin und Carmen Añasco, kämpften wie die Löwen um die Gesundheit ihrer jüngsten Tochter. Sie marschierten mit anderen Eltern betroffener Kinder tagelang bis zum Gesundheitsministerium nach Lima; sie ketteten sich vor dem Ministerium an, machten in sozialen Netzwerken aufmerksam und erreichten schließlich, dass der Staat die Kosten für eine Knochenmarktransplantation in Argentinien übernahm. Im März 2020 protestierten sie erneut, zusammen mit anderen Eltern betroffener Kinder, vor dem Hauptquartier des Bergwerkbetreibers Volcan in Lima. Dort erhielten sie den Bescheid, man würde ja Steuern bezahlen, sie sollten deswegen beim Staat vorstellig werden. Die Eltern schlugen ihr Protestcamp daraufhin vor dem Gesundheitsministerium auf.

In Cerro de Pasco wird seit rund 100 Jahre industrieller Bergbau betrieben. In dieser Zeit haben sich die Abraumhalden unkontrolliert angehäuft, während die Besitzer gewechselt haben. 1998 kaufte das peruanische Unternehmen Volcan die Minen vom peruanischen Staat und baute das Unternehmen zu einem der weltweit grössten Zink-, Blei- und Silberproduzenten aus. 2004 stieg der Schweizer Rohstoffmulti Glencore als Minderheitsaktionär ein, seit 2017 besitzt Glencore die Aktienmehrheit an Volcan. Ein geplanter Verkauf der Mine in Cerro de Pasco an ein kanadisches Unternehmen kam nicht zustande – unter anderem auch, weil die Verwertung des Abraums dank des hohen Silberpreises äusserst rentabel ist.

Trotz Knochenmarkstransplantation verschlechterten sich die Blutwerte Esmeraldas in den letzten Monaten. Am 14. September starb sie auf dem Weg von Cerro de Pasco ins Krankenhaus nach Lima.

Auf Nachfrage bei Glencore, bedauerte die Unternehmenssprecherin den Tod Esmeraldas und beteuerte, dass Glencore daran arbeite, die Auswirkungen des über 100 Jahre alten Betriebes zu adressieren.

In Erinnerung an Esmeralda Martin, die vielen anderen kranken Kinder in Cerro de Pasco und ihre Eltern, zeigen wir die nachfolgenden Fotos von Luisenrique Becerra. Sie zeigen eine fröhliche Esmeralda im März 2020, kurz vor dem Corona-Lockdown, während des Protests vor dem Gesundheitsministerium.

Wer mehr lesen will über Cerro de Pasco:

Reportage in deutsch über die Geschichte von Esmeralda Martin und der Kinder von Cerro de Pasco

<https://www.woz.ch/-9586>

Reportage in spanisch über die Geschichte und das Begräbnis von Esmeralda Martin: <https://ojo-publico.com/3103/una-piedra-preciosa-en-la-ciudad-de-los-ninos-con-plomo>

Hildegard Willer



*Im März 2020 verbrachten Esmeralda und ihre Familie die Nacht vor dem Gesundheitsministerium, um gegen die mangelnde Bereitschaft des peruanischen Staates zu protestieren, ein Behandlungsprogramm für Tausende von Bürger*innen durchzuführen, deren Körper mit Schwermetallen belastet sind. Nach der Ausrufung des Ausnahmezustands durch Covid-19 wurden sie dann bei Bekannten in San Juan de Lurigancho untergebracht. Foto: Luisenrique Becerra*



Carmen und Siméon, die Eltern von Esmeralda, protestierten zusammen mit zwei anderen Familien auf der Avenida Salaverry vor dem Gesundheitsministerium, die Polizei schubste sie und trat auf die am Boden liegenden Kinder ein. Die Familien blockierten drei Stunden lang die Straße und forderten einen Dialog mit den Behörden. Foto: Luisenrique Becerra



*Carmen verabreicht Esmeralda Insulin in dem Raum, in dem sie in den ersten Monaten der Pandemie untergebracht war,. Esmeralda konnte nicht nach Cerro de Pasco zurückkehren, um sich nicht weiter den Umweltvergiftungen auszusetzen.
Foto: Luisenrique Becerra*



*Vor der Ausrufung des Covid-19-Notstands verbrachten Esmeraldas Familie und zwei weitere Personen die Nacht vor dem Gesundheitsministerium, um gegen die mangelnde Bereitschaft der peruanischen Regierung zu protestieren, ein Behandlungsprogramm für Tausende von Bürger*innen mit Schwermetallen im Körper durchzuführen. Dabei geht es nur darum, etwas Lebensqualität zu erhalten, da es keine Heilung gibt. Foto: Luisenrique Becerra*



Esmeralda spielt an einem Samstagnachmittag mit den Brüdern Castañeda, die ebenfalls aus Cerro de Pasco nach Lima gekommen sind, um eine Behandlung gegen Schwermetalle in ihrem Körper zu fordern. Foto: Luisenrique Becerra



*Siméon Martin Huete während des Protestes vor der Tür des Gesundheitsministeriums. Obwohl die drei Familien nach drei Stunden Zutritt erhielten und mit Vertretern des Ministeriums sprechen konnten, blieb alles bei Versprechungen und politischen Gesten. Bis heute sind die Behörden nicht gewillt, ein Behandlungsprogramm für Bürger*innen durchzuführen, die Schwermetalle in ihrem Körper haben. Foto: Luisenrique Becerra*

12. ISP-News Oktober 2021

Neues aus und Veranstaltungen der Infostelle Peru

Initiative Lieferkettengesetz macht weiter: für ein europäisches Lieferkettengesetz

Die Initiative Lieferkettengesetz hat beschlossen, auch nach der Verabschiedung des deutschen Lieferkettengesetzes weiterzumachen. Ziel ist es jetzt, ein starkes europäisches Lieferkettengesetz durchzusetzen. Die Infostelle und Bergbau-Kampagne werden auch weiter als Unterstützerorganisationen dabei sein.

Schutz der Menschenrechte und der Umwelt in der EU-Batterieverordnung

ISP und Bergbau-Kampagne haben ein Forderungspapier des AK Rohstoffe „Für konsequenten Schutz der Menschenrechte und der Umwelt in der EU-Batterieverordnung – 10 Vorschläge für wirksame menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten“ mit unterzeichnet.

Petition zur Unterstützung der Kulturministerin

Die neue Kulturministerin Andrea Gisela Ortiz Perea wird als Terroristin verunglimpft, weil sie sich für Aufklärung und Gerechtigkeit im Fall der 1992 „verschwundenen“ Studenten von La Cantuta eingesetzt hat und danach zu einer engagierten Aktivistin für Menschenrechte wurde. Ihr Bruder war eines der Opfer von La Cantuta. Die Menschenrechtsorganisation Coordinadora Nacional de Derechos Humanos hat in einer Erklärung die politischen Autoritäten aufgefordert, dass sie die Anschuldigungen zurückweisen und Respekt für die Kulturministerin einfordern. Die ISP hat die Erklärung mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Wer die Erklärung ebenfalls unterstützen möchte, kann dies auch jetzt noch unter <https://chnq.it/n9FMPBMxBs> tun.

Trudi und Heinz Schulze mit der Medaille „München leuchtet“ ausgezeichnet

Für ihr großes Engagement hat die Münchner Bürgermeisterin Katrin Habenschaden gestern Trudi und Heinz Schulze die Medaille „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens“ in Silber überreicht. Damit würdigte die Stadt München das langjährige Engagement der beiden im Bereich der Eine-Welt-Politik, u.a. als Mitbegründer*innen des Nord Süd Forums München und der seit über 20 Jahren bestehende Klimapartnerschaft mit dem indigenen Volk der Asháninka. Auch bei der Ausgestaltung der Fachstelle, die für die entwicklungspolitische Arbeit der Landeshauptstadt zuständig ist, unterstützten Trudi und Heinz Schulze die Stadtverwaltung. „Mit

Ihrem lebenslangen Engagement zu Themen der Nachhaltigkeit, der internationalen Menschenrechte und Rechte indigener Völker in Lateinamerika, der globalen sozialen Gerechtigkeit und der Einhaltung von weltweiten Kinderrechten sind Sie Vorreiter“, würdigte Bürgermeisterin Katrin Habenschaden die Verdienste von Heinz und Trudi Schulze.

Die Infostelle Peru, die auch von Trudi und Heinz Schulze mitgegründet wurde, gratuliert ganz herzlich zu dieser Auszeichnung!

Vorstand der ISP jetzt auch in Peru

Unser Vorstandsmitglied César Bazán Seminario geht nach fünf Jahren in Freiburg nun mit seiner Familie wieder zurück nach Lima. Da die Vorstandstreffen überwiegend online stattfinden, wird César auch von Peru aus weiter bei uns im Vorstand mitarbeiten. Darüber sind wir sehr froh!

Jahresthema 2022: Peru.Klima.Gerecht.

Auf einem zweitägigen Strategie-Workshop haben sich Vorstand und Mitarbeiter*innen Ziele für die nächsten drei Jahre gesetzt und konkrete Planungen für 2022 begonnen. Der Schwerpunkt unserer Aktivitäten und Veranstaltungen wird auf dem Thema Klimagerechtigkeit liegen. Dies wird auch das Thema des Peru-Seminars vom 29. April bis 1. Mai 2022 sein. Außerdem wird es Online-Veranstaltungen, Fachgespräche und Publikationen geben. Momentan sind mitten in der Planung und Antragsstellung.

Ankündigungen

Globale Ungerechtigkeit – auch beim Impfen

Corona im Globalen Süden: Patentfreigabe als Lösungsweg

Mittwoch, 27. Oktober 2021 | 19 Uhr | online per Zoom

Die politisch Verantwortlichen haben vielfach verkündet, dass die weltweite Corona-Pandemie erst dann besiegt ist, wenn sie überall auf der Welt besiegt ist. Dieser Feststellung folgte bisher kein entsprechendes politisches Verhalten. Die Covid-19-Impfstoff-Verteilung spiegelt exakt die ungleichen wirtschaftlichen Beziehungen der Länder des reichen Nordens mit den Ländern des Globalen Südens wieder: Laut medico international gehen (Stand Anfang Juli) lediglich 0,3 Prozent der Impfdosen aktuell an die 30 ärmsten Länder des globalen Südens. Bei ihnen wird es noch bis

zu zwei Jahre dauern, bis sie auf eine Herdenimmunität hoffen können. Dem Argument, Impfstoff sei bisher knapp gewesen und die Regierungen der reichen Länder des Nordens hätten zuerst ihre eigene Bevölkerung versorgen müssen, lässt sich entgegenhalten, dass es für eine (notwendige) Ausweitung der Produktionskapazitäten schon längst ein einfaches Instrument gegeben hätte: die von vielen Organisationen und Ländern geforderte vorübergehende Aufhebung der Patente. Dagegen wehren sich nicht nur die Pharma-Firmen, sondern die Bundesregierung und andere europäische Regierungen. Der Verzicht auf die Rechte des geistigen Eigentums bei Covid-19-Impfstoffen und -Medikamenten würde vielen Ländern im Globalen Süden, die Medikamente produzieren, die Möglichkeit geben, selbst die Produktion von Corona-Impfstoffen und -Medikamenten aufzunehmen. Laut medico international sind das Südafrika, Senegal, Ägypten, Indien, Pakistan, Bangladesch und viele Länder Lateinamerikas.

Anne Jung von medico international wird uns über den aktuellen Stand der Pandemie im Globalen Süden, der Impfstoffverteilung und der Auseinandersetzungen um die Freigabe der Patente informieren.

Eine Kooperationsveranstaltung der ISP mit der Katholischen Akademie Freiburg, Caritas international, Eine Welt Forum Freiburg und der Erzdiözese Freiburg

Anmeldung unter info@ewf-freiburg.de

Politische Partizipation peruanischer Migrant*innen in und von Deutschland

Donnerstag, 28. Oktober 2021 | 19 Uhr | online per Zoom

In Deutschland leben derzeit etwa 11.000 Peruaner*innen. Viele von ihnen beteiligen sich am politischen Leben hier in Deutschland. Gleichzeitig engagieren sie sich für ihr Heimatland.

Sie wählen ihre Repräsentation im peruanischen Parlament und pflegen oft engen Kontakt zu ihren dort lebenden Familienangehörigen.

Welche Möglichkeiten gibt es für die Peruaner*innen hier in Deutschland, sich in die Politik ihres Heimatlandes einzubringen? Wie nehmen Peruaner*innen am gesellschaftlichen und politischen Leben Deutschlands teil?

Mit:

Sandra Arellano Cruz, Lateinamerikanische Fraueninitiative e.V., Beraterin für Perú-Equidad

Francisco Cárdenas Ruiz, Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf (Berlin), Kliopolis e.V.

Daniela Zambrano, interdisziplinäre Künstlerin, Quechua-Forscherin

Das Seminar findet auf Spanisch mit Simultanübersetzung ins Deutsche statt.

In Kooperation mit MigrArte Perú

Anmeldungen bis zum 27. Oktober an: info@infostelle-peru.de

100 Tage Regierung Castillo – eine erste Bilanz

Dienstag, 30. November 2021 | 19 Uhr | online per Zoom

Viele Hoffnungen und viele Ängste waren mit dem Regierungsantritt von Pedro Castillo verbunden. Wie ist die Bilanz nach den ersten Monaten seiner Regierung? Wir diskutieren mit

Rocío Silva Santisteban, Rechtsanwältin, Journalistin, Aktivistin, Ex- Kongressabgeordnete

Oracio Pacori, Direktor Derechos Humanos sin Fronteras, Cusco

Das Seminar findet auf Spanisch mit Simultanübersetzung ins Deutsche statt.

Anmeldungen bis zum 29. November an: info@infostelle-peru.de

Save the Date: Peru-Seminar 2022

Peru.Klima.Gerecht.

Herausforderungen für eine Klimapolitik auf Augenhöhe

29. April bis 1. Mai 2022 | Köln

Das Peru-Seminar findet 2022 wieder im Tagungshaus St. Georg in Köln statt und wird teilweise auch online auf Zoom übertragen.

Konferenz & Konzert

Cosmosvision Andina - Weltanschauung der andinen Völker

Samstag, 6. November 2021|10.30 – 21.00 Uhr |Amerikahaus München

Ein Überblick über die Kosmovision, die Denkweisen und Wertevorstellungen, der indigenen Völker der Anden, die uns konkrete Beispiele für nachhaltige und gemeinwohlorientierte

Lebensweisen in Einklang mit dem Kosmos und der Natur geben. In Vorträgen und Workshops stellen die Referent*innen Weltanschauungen und Lebensweisen vor, die auf Reziprozität und Gleichgewicht aufbauen, gehen auf die aktuelle Lebenssituation ein und laden bei unserer Podiumsdiskussion zum Austausch ein.

Können die indigenen Völker ihre Werte und Traditionen aufrechterhalten? Welchen Beitrag können wir leisten? Wie haben sich andine Denkweisen in den letzten Jahren aufgrund der gesellschaftlichen Herausforderungen verändert? Können indigene Lebenskonzepte zu einem sozial ökologischen Wandel beitragen?

Referent*innen:

Dr. Armando Barrientos: Physiker, Quechua, langjährige Forschung der Andinen Kosmovision

Dr. Zenón Depaz Toledo: Philosoph, Direktor der Fakultät für Philosophie an der Universität San Marcos in Lima (online aus Peru)

Daniela Zambrano Almidón: Master of Arts in Conext, Universität der Künste Berlin, interdisziplinäre Quechua Künstlerin

Dr. Henry M. Reyna: Sozialwissenschaftler, Psychologe, Nachfahre der Chiricahua-Apachen

Alberto Ayarza Arias: Musiktherapeut, Künstler, Forschung in prähispanischer Musik

Abilio Soto Bravo: Quechua Muttersprachler, Ausbildung an der nationalen Akademie für Folklore in Lima

Abendkonzert: Die traditionelle Musikgruppe Wayqikuna nimmt Sie mit auf eine musikalische Reise durch die Anden.

Tagungsgebühr inkl. Konzert: 25,00 € Ermäßigt: 15,00 €

Eine Veranstaltung von Chasqui e.V.

Anmeldung: online unter <https://elchasqui.de/veranstaltungen/> oder per mail an Anmeldung@elchasqui.de

Mitmachen

"Our Food. Our Future": E-Mail-Aktion für ein gerechtes Lebensmittelsystem

Mit der **Kampagne "Our Food. Our Future"** setzen sich 16 Organisationen aus der EU, Südafrika und Brasilien für ein gerechtes und nachhaltiges Lebensmittelsystem ein. Sie fordern: Die

Ausbeutung von Arbeiter*innen und die Zerstörung von Lebensgrundlagen durch die Agrarindustrie muss aufhören. Deswegen haben sie eine **E-Mail-Aktion an die Europäische Kommission** gestartet, in der sie sich für ein starkes EU-weites Lieferkettengesetz einsetzen. Beteiligt Euch gerne an der E-Mail-Aktion: <https://www.ci-romero.de/eu-lieferkettengesetz/>

Petition: Kein Profit durch die Pandemie

COVID-19 bestimmt immer noch vielerorts unseren Alltag. Ich lebe seit Januar 2019 in Peru, ein Land, das den traurigen Rekord der höchsten Sterberate im Zusammenhang mit COVID-19 hält. Dort wird die ganze Ungerechtigkeit unseres globalen Wirtschaftssystems überdeutlich. Während wir hier mittlerweile Impfdosen wegwerfen, das Privileg bestmöglicher Gesundheitsversorgung für die meisten unter uns selbstverständlich scheint, sterben dort täglich Menschen unnötigerweise, schlicht weil es am Grundlegenden fehlt: Intensivbetten, Sauerstoff, Impfstoff. Und Peru steht hier stellvertretend für den Globalen Süden. Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis hat eine europäische Petition mit dem Titel [„JEDER VERDIENT SCHUTZ VOR COVID-19 - Kein Profit durch die Pandemie“](#) auf den Weg gebracht. Es braucht gerechte und schnelle Verteilung von Ressourcen weltweit!

Helfen Sie mit, dass dieses grundlegende Menschenrecht auf Gesundheit allen zuteil werden kann. Unterzeichnen Sie diese europäische Bürgerinitiative, um sicherzustellen, dass die Europäische Kommission alles in ihrer Macht Stehende tut, um Impfstoffe und Behandlungen zur Bekämpfung der Pandemie zu einem globalen öffentlichen Gut zu machen, das für jede*n frei zugänglich ist.

Herzlich grüßt

Frank Braun, Aktivist Bluepingu e.V.

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.